



## **Berichterstattung der Gemeinden und Controlling durch die regionalen Schulinspektorate Zyklus 2010-13**

Schlussbericht für den deutschspra-  
chigen Kantonsteil  
November 2013

### **Abteilung Schulaufsicht deutsch**

Bearbeitungsdatum: 08.07.2013 – 5.11.2013  
Version: 7  
Dokumentnummer: #642866  
Ersteller: Abteilung Schulaufsicht

Erziehungsdirektion des Kantons Bern

Direction de l'instruction publique  
du canton de Berne

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>Exemplarischer Unterrichtsbesuch mit Schwerpunkt Integration .....</b>	<b>11</b>
	a) Ausgangslage .....	11
	b) Zusammenfassung der Feedbacks zum exemplarischen Unterrichtsbesuch .....	11
	c) Bemerkung .....	12
	d) Fazit .....	12
<b>3.</b>	<b>Ausblick auf den nächsten Controllingdurchgang 2013-16.....</b>	<b>12</b>
<b>4.</b>	<b>Anhang I: Umsetzung der vorgegebenen kantonalen Schwerpunkte (Vorschriftenkontrolle) .....</b>	<b>13</b>
	a) Blockzeiten.....	13
	b) Tagesschulangebote.....	14
	c) Informatik-Lehrplan .....	16
	d) Berufswahlvorbereitung .....	17
	e) Integration und besondere Massnahmen (IBEM) .....	18
	f) Passepartout.....	18
<b>5.</b>	<b>Anhang II: Weitere kantonale Fragestellungen Stand der Unterrichtsentwicklung</b>	<b>19</b>
	a) Feedback und berufliches Lernen der Lehrpersonen .....	19
	b) Pädagogische Schulentwicklung.....	21
<b>6.</b>	<b>Anhang III: Rückmeldungen der Schulinspektorate an die Gemeinden zu den Konzepten.....</b>	<b>25</b>
	a) Berufswahlkonzept.....	25
	b) Schulinterne Weiterbildung .....	26
	c) Krisenkonzept .....	26
<b>7.</b>	<b>Anhang IV: Meta-Evaluation des Controllingverfahrens.....</b>	<b>27</b>

# 1. Zusammenfassung

## Allgemeines

Ende Mai 2013 haben 486 Schulen ihre Berichterstattung abgeschlossen. Die Schulinspektorate haben jeder dieser Gemeinden anlässlich der Controlling-Gespräche eine mündliche Rückmeldung zur Berichterstattung gegeben und spätestens einen Monat nach dem Gespräch in einem Brief die Abmachungen bestätigt und zu den verlangten Konzepten (Berufswahlkonzept, Krisenkonzept, Weiterbildungskonzept) eine standardisierte Rückmeldung gegeben. Die Gemeinden ihrerseits bedienten die Schulinspektorate im Nachgang an die Controlling-Gespräche entweder mit dem angepassten Schulprogramm oder dem Massnahmenplan mit den Zielen für den nächsten Controlling-Durchgang.

Die Berichterstattung der Gemeinden mit den exemplarischen Unterrichtsbesuchen und den Controlling-Gesprächen ist etabliert. Es hat sich für alle Beteiligten als lohnenswert und aufschlussreich erwiesen, bei jeder Schule alle drei Jahre genau hinzusehen. Der Controlling-Zyklus 2010-13 schliesst an den ersten Durchgang 2007-09 an.

## Erkenntnisse für den Kanton

Das Berichterstattungs- und Controlling-Verfahren spielt sich in erster Linie zwischen den Gemeinden mit ihren Volksschulen und dem Kanton, vertreten durch die Schulinspektorinnen und Schulinspektoren, ab. Mit diesem Verfahren will der Kanton sicherstellen, dass die Schulen die Qualität ihrer Leistung überprüfen und Massnahmen zur Entwicklung einleiten, dass kantonale Vorgaben eingehalten und Neuerungen innerhalb der gesetzten Fristen umgesetzt werden.

Gleichzeitig liefert dieses Verfahren auch wertvolle Hinweise für den Kanton zum Stand der Schulen sowie zur Stimmung der Lehrerschaft, der Schulleitungen und der Gemeindebehörden. Diese Informationen dienen der Erziehungsdirektion als Steuerungswissen zur allfälligen Anpassung von Vorgaben und zur Planung weiterer Massnahmen.

Die wichtigsten Ergebnisse sind in diesem Dokument im Sinne von Trends zusammengefasst.

### Frage 1 des Berichts:

#### **Erkenntnisse aus Ergebnisprüfungen und Evaluationen der Gemeinde/Schule und getroffene Massnahmen**

Im bernischen Controlling-Verfahren wird den Schulen Freiraum für ihre individuelle Entwicklung gegeben. Die Ziele der Schulen wurden entsprechend vielfältig gesetzt. Die meisten Ziele lagen im letzten Controlling-Zyklus aber klar bei der Umsetzung von kantonalen Vorgaben und Neuerungen und bewegten sich schwergewichtig im Bereich der Organisation. Die Themenblöcke Unterricht und Zusammenarbeit wurden deutlich weniger berücksichtigt.

Viele Schulen wiesen darauf hin, dass die Unterstützung durch die Schulinspektorinnen und Schulinspektoren bei der Massnahmenplanung wichtig sei. Die externe Sicht und die Vermittlung von „good practice“ aus andern Schulen wurden geschätzt.

#### *Handlungsbedarf:*

- 1. Entschleunigung: Die vom Erziehungsdirektor in Aussicht gestellte Entschleunigung im Bezug auf Reformen sollte konsequent umgesetzt werden.*
- 2. Der kantonale Schwerpunkt lenkt die Arbeit der Schulen in eine gewünschte Richtung. Folgerichtig liegt im nächsten Controlling-Zyklus 2013-16 der kantonale Schwerpunkt auf der Unterrichtsentwicklung.*

## **Frage 2 des Berichts: Umsetzung der vorgegebenen kantonalen Schwerpunkte**

### **Gesamteinschätzung**

Der Bereich der Vorschriftenkontrolle zeigt, dass die Gemeinden die Vorgaben des Kantons insgesamt gut bis sehr gut umsetzen. In einigen Bereichen liegt die Herausforderung für die Schulleitung darin sicherzustellen, dass die Umsetzung im Unterricht bei allen Lehrpersonen klappt. Hier zeigen die Unterrichtsbesuche der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren, dass dies unterschiedlich gut gelingt.

### **Zu den einzelnen Bereichen**

Die Auswertung der Rückmeldungen sowie die Einschätzung der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren ergeben in den einzelnen Bereichen die folgenden Erkenntnisse:

#### **Blockzeiten**

Art. 11a VSG ist im Detaillierungsgrad korrekt und bewährt sich. Die Blockzeiten werden gemäss Art. 11a VSG umgesetzt. Einzelne Gemeinden haben zusätzlich an zwei Nachmittagen Blockzeiten eingeführt.

Der grösste Teil der durch Behörden bewilligten Ausnahmen liegt erwartungsgemäss auf der Sekundarstufe I (KG 69, Prim. 99, Sek.I 431).

Ausnahmen auf der Primarstufe werden wie folgt begründet: Schülertransporte, Teilzeitkindergärten, unterschiedliche Lektionentafeln bei jahrgangsgemischten Klassen. Bei Ausnahmen wird vielerorts eine Betreuung sichergestellt.

Auf der Sekundarstufe I machen folgende Fächer Abweichungen nötig: Abteilungsweiser Unterricht, der nicht parallel erfolgen kann wie z.B. bei Hauswirtschaft oder Schwimmunterricht. Weitere genannte Fächer sind: Individuelle Lernförderung und Mittelschulvorbereitung, Angebot der Schule.

Einzelne Gemeinden berichten, ein stures Festhalten an Blockzeiten auf Kosten eines guten Stundenplanes sei auf der Oberstufe umstritten oder die Auflage der Blockzeiten hätte sie an den Rand der Machbarkeit bezüglich Stundenplanung gebracht. In einzelnen Schulinspektorsratskreisen wird darauf hingewiesen, dass die bestehende Lektionentafel die Umsetzung von Blockzeiten massiv erschwere.

*Kein Handlungsbedarf*

#### **Tagesschulangebote**

Die Gemeinden erfüllen die gesetzlichen Vorgaben und führen die Bedarfsabklärungen durch. Mehrere Gemeinden haben ein provisorisches Konzept erarbeitet, jedoch zu wenige Anmeldungen in ihrer jährlichen Umfrage erhalten. Andere Tagesschulen sind stark gewachsen und stossen bereits an ihre Kapazitätsgrenzen. Diese Gemeinden sind mit Raumproblemen konfrontiert und müssen Ausbauprojekte angehen.

Am häufigsten wird Optimierungsbedarf in Bereich der Raumressourcen genannt. Mancherorts sind die Räumlichkeiten wegen grosser Nachfrage knapp geworden. Einzelne Gemeinden haben noch provisorische Lösungen. Die Parallelnutzung von Räumen (z.B. Hauswirtschaft, Mittagstisch) führt teilweise zu Problemen. Nicht alle Räumlichkeiten sind direkt in Schulhäusern oder in unmittelbarer Nähe. Dies bedingt eine gute Organisation und Schülertransporte. Mehrere Gemeinden wollen die Aussenbereiche für die Kinder sicherer gestalten.

Diverse Gemeinden haben ihre Strukturen bereits bereinigt und erarbeiten nun pädagogische Konzepte: Qualitätskriterien guter Tagesschulen, Zusammenarbeit mit der Schule bezüglich Hausaufgaben, Bewältigung schwieriger Situationen, Massnahmen zu Gesundheit und Sicherheit, Durchführen von Aktivitäten, Wahrnehmen und Dokumentieren von Interaktionen zwischen Betreuenden und Kindern, Strukturieren des Tagesablaufs sind Themen, die angegangen werden.

Optimierungsbedarf wird verschiedentlich auch in Bezug auf die Module genannt. Vielerorts besteht erst ein Mittagstisch. Ziel ist ein „Vollangebot“ anzubieten.

Zunehmend wird auch bei den kantonalen Vorgaben Optimierungsbedarf geortet. Kleine Tagesschulen bemängeln zum Teil, dass der Betreuungsschlüssel – ab 11 Kindern muss eine zweite Gruppe eröffnet werden – zu starr sei und den Aufbau eines stabilen Angebots eher behindern. Zum Teil wird auch kritisiert, dass Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, welche kaum Betreuung beanspruchen, sondern vor allem auf Verpflegung angewiesen sind, zu viel bezahlen müssten.

*Handlungsbedarf: Prüfen, ob es sich beim genannten kantonalen Optimierungsbedarf um Einzelmeinungen handelt. Je nach Ergebnis:*

- *Unterstützung der Gemeinden bei diesen Fragen (Der Fachbereich „Schulergänzende Angebote“ stellt Lösungsmöglichkeiten für die Sekundarstufe I zur Verfügung)*
- *Überprüfung der kantonalen Vorgaben (falls verdichtete Hinweise auf Optimierungspotential).*

## **Informatik-Lehrplan**

Die ICT-Konzepte liegen vor. Zu den Fragen, ob die Schulleitung die Umsetzung kontrolliert und ob die Lehrpersonen über die geforderten Kompetenzen verfügen, liegen die Antworten vor allem im Bereich „trifft eher zu“ (Stufe 3 von 4). Der Optimierungsbedarf liegt hier folglich bei der Umsetzung der ICT-Konzepte auf der Stufe „Lehrpersonen“; zum Teil fehlen aber Verantwortliche, welche die Lehrpersonen in der Anwendung von ICT unterstützen und beraten.

Die Schulen orten den Optimierungsbedarf vor allem bei der Infrastruktur: Mit der Einführung von Mille feuilles stossen einzelne Schulen an technische Grenzen (zu wenig oder zu alte Geräte).

*Der Handlungsbedarf liegt weitgehend bei den Gemeinden (Infrastruktur), den Schulleitungen und den Lehrpersonen. Die Erziehungsdirektion kann durch eine gezielte Kommunikation die Optimierung in den Gemeinden unterstützen, z.B. durch die Publikation der Anforderungen an die Gemeinden punkto Informatik-Ausrüstung zum Unterricht mit Mille feuilles.*

*Im nächsten Controlling-Zyklus wird die Verwendung der Ressourcen aus dem Informatik-Pool überprüft. Damit soll sichergestellt werden, dass genügend Ressourcen für die interne Unterstützung der Lehrpersonen zur Verfügung stehen.*

## **Berufswahlvorbereitung**

Die Berufswahlkonzepte werden grossmehrheitlich umgesetzt und scheinen sich in der Praxis zu bewähren. Für die meisten Schulen besteht kein Optimierungsbedarf. Die Herausforderung liegt darin, den Vollzug durch die einzelnen Lehrpersonen sicher zu stellen.

Die Zusammenarbeit BIZ-Schulen-Eltern funktioniert an den meisten Orten seit mehreren Jahren gut bis sehr gut. Die Zusammenarbeit mit den Berufsberaterinnen und Berufsberatern vor Ort wird unterschiedlich wahrgenommen, scheint sich aber einzuspielen.

Zum Case-Management erfolgen unterschiedliche Rückmeldungen, von „funktioniert bestens“ bis „das kantonale Case-Management bei Risikoschülern ist völlig ungenügend“. Vom Case - Management Berufsbildung wird Fallführung erwartet, nicht nur Beratung. Zurzeit wird das

CMBB oft noch (zu) spät eingeschaltet. Das kann damit zusammenhängen, dass das Case-Management noch im Aufbau ist.

*Kein genereller Handlungsbedarf bei den Vorgaben. Evtl. Prüfung der Weiterbildungsangebote sowie der Nutzung durch Lehrpersonen. Punktuelle Intervention und Unterstützung durch das Schulinspektorat, wo der Vollzug durch einzelne Schulen oder Lehrpersonen nicht den kantonalen Anforderungen entspricht.*

### **Integration und besondere Massnahmen (IBEM)**

**Konzepte:** Der organisatorische Rahmen (**Konzepte**) für die Umsetzung der besonderen Massnahmen ist erstellt und bewährt sich in der Regel. Vieles läuft bereits gut. Die Umsetzung der Integration ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Nach wie vor sind die Schulen stark gefordert.

*Handlungsbedarf: Grundsätzlich ist in diesem Bereich kein Kurswechsel angezeigt. Die besonderen Massnahmen werden aber vertieft evaluiert durch die Abteilung Bildungsplanung und Evaluation.*

**Zusammenarbeit zwischen Regellehrpersonen und Heilpädagoginnen:** Optimierungsbedarf besteht vor allem in der Zusammenarbeit zwischen Regellehrpersonen und Heilpädagoginnen. Schulen fordern zur Entlastung der Regellehrkräfte zusätzliche Zeitressourcen für die arbeitsintensive Zusammenarbeit mit den Speziallehrkräften. Wo mehrere Speziallehrkräfte an einer Klasse arbeiten, sind die Regellehrpersonen einerseits entlastet, andererseits zusätzlich mit Absprachen gefordert. Noch nicht überall sind Aufgabenteilung und Kompetenzen ausreichend geklärt.

Die exemplarischen Unterrichtsbesuche der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren zeigen denn auch, dass die Umsetzung der integrierten Förderung im Unterricht erst zum Teil gelingt und die Ressourcen zur Förderung der Kinder oft noch nicht optimal eingesetzt werden, z.B. eher zur Entlastung der Lehrpersonen anstatt zur Förderung von Kindern mit besonderem Förderbedarf oder dort, wo LP und HP gerne zusammenarbeiten.

Eine Kultur der gemeinsamen Unterrichtsvorbereitung, Durchführung und Auswertung sowie die Nutzung verschiedener Kompetenzen als Kernmerkmale von Teamteaching muss vielerorts noch aufgebaut werden.

Das Knowhow für die effiziente Organisation der Arbeit in Unterrichtsteams fehlt in etlichen Schulen. Auch fehlen oft definierte Zeitgefässe und Instrumente für Absprachen. Die daraus resultierende zeitliche Überlastung behindert den Aufbau einer effektiven und effizienten Zusammenarbeit.

*Handlungsbedarf: Mit dem Vorhaben „weniger Lehrpersonen pro Klasse“ kann die Erziehungsdirektion Entlastungsmöglichkeiten ausloten.*

*Für die Zusammenarbeit von Klassenlehrpersonen und Heilpädagoginnen und Heilpädagogen (kooperative Unterrichtsformen, gemeinsam verantworteter Unterricht, Unterrichtsteams, Teamteaching) sind weiterhin genügend Angebote bereitzustellen.*

*Schulleitungen sind gefordert, Zusammenarbeitsgefässe und -instrumente an den Schulen einzurichten.*

**Belastung:** Überlastungssituationen ergeben sich z.B., wenn sich mehrere Reformen überlagern, z.B. wenn KbF-Schüler integriert wurden, wenn gleichzeitig auf Mehrjahrgangsklassen umgestellt wurde und Frühfranzösisch einsetzt. Die Schulen müssen deshalb vor neuen zusätzlichen Aufgaben geschützt werden. Verschiedentlich wird auch bemerkt, dass die Grenzen der Belastbarkeit bei Asperger Kindern und geistig Behinderten ganz klar gesprengt würden.

*Handlungsbedarf: Die Schulinspektorinnen und Schulinspektoren weisen die Schulen im Rahmen des Controllings auf diese Risiken hin oder bieten in schwierigen Situationen vorübergehend zusätzliche Ressourcen zur Überbrückung der Situation an.*

*Zusätzlicher Optimierungsbedarf lässt sich mit "Ab- und Eingrenzung" zusammenfassen. Weniger ist mehr. Heilpädagoginnen sind gefordert, das Notwendige vom Wünschenswerten zu unterscheiden. Regellehrpersonen sollten sich vom Wunsch, allen Kindern gerecht zu werden, verabschieden. Ebenso Schulen von der Idee, allen IF-Kindern "helfen zu können". Dies ist sehr schwierig für all die Lehrpersonen, welche den Beruf mit dem Herzen gewählt haben und ihn entsprechend ausführen.*

**Personelle Situation:** Es fehlen nach wie vor Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.

*Handlungsbedarf: Es sind weiterhin zusätzlich Heilpädagoginnen und Heilpädagogen auszubilden.*

**Ressourcen:** Etliche Schulen monieren, die zur Verfügung stehenden **Ressourcen seien knapp** und dürften nicht reduziert werden

**Begabungsförderung:** Die Begabtenförderung ist nach wie vor im Aufbau. Zum Teil ist sie noch nicht umgesetzt wegen fehlender Nachfrage. Die IQ-Limite von 130 wird oft als zu hoch bezeichnet. Gleichzeitig ist festzustellen, dass mit dem bestehenden Triage-Instrument für die Lehrpersonen (Renzulli-Bogen) etliche hochbegabte Schülerinnen und Schüler gar nicht als solche erkannt und nicht zur Abklärung an die Erziehungsberatung weitergeleitet werden. Zum Teil wird gefordert, die Entschädigung der Lehrpersonen für Begabtenförderung (LADV, Anhang 1) müsse überprüft werden.

**DaZ:** Schulen melden, dass für Situationen mit hohem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund die Lektionen nicht ausreichen, um alle Bedürfnisse abzudecken. Ein zu hoher Anteil der Lektionen müsse für DaZ eingesetzt werden.

Die Intensiv- und Aufbaukurse Deutsch anstelle des Besuchs der Klasse für Fremdsprachige würden eine Verschlechterung bedeuten. Die Kinder kämen früher in die Regelklassen und seien überfordert. Der Kanton habe DaZ beim Lektionenpool zu wenig berücksichtigt.

*Handlungsbedarf: Es ist zu prüfen, ob DaZ aus dem IBEM-Pool herausgelöst werden könnte. In der Zwischenzeit suchen die Schulinspektorinnen und Schulinspektoren mit den betroffenen Schulen vor Ort nach Lösungen.*

## **Passepartout**

**Sprachkompetenzen:** Die Lehrpersonen, welche Frühfranzösisch unterrichten, verfügen grösstenteils über die nötigen Qualifikationen. Allerdings stellt der Unterricht mit Mille feuilles sehr hohe Ansprüche an die mündlichen Sprachkompetenzen der Lehrpersonen.

**Ausbildung der Lehrpersonen:** Probleme gibt es bei der Kündigung von ausgebildeten Lehrpersonen. Um diesbezüglich Engpässe vermeiden zu können, wird einerseits ein Intensivkurs und andererseits eine Öffnung der Weiterbildung Passepartout für alle Lehrpersonen gefordert.

**Lehrmittel:** Die Kosten der Einweg-Lehrmittel sind hoch. Das Lehrmittel sei sehr anspruchsvoll, zu offen und die CD-Ergänzung sei untauglich. Zudem sei das Lehrmittel für Mehrjahrgangsklassen nicht geeignet.

**Unterricht mit Mehrjahrgangsklassen:** Der Unterricht mit Mille feuilles in Mehrjahrgangsklassen stellt eine Herausforderung dar. Erschwert ist auch die Organisation und Einhaltung von Blockzeiten.

**ICT:** Hohe Anforderungen an die Infrastruktur: Beamer, PC, Kopfhörer. Die Login-Zeiten sind oft hoch, das Handling mit der Software stellt eine Herausforderung für einzelne Schulen dar.

*Handlungsbedarf: Anpassung des Lehrmittels für Mehrjahrgangsklassen (der Schulverlag plus hat in der Zwischenzeit bereits auf dieses Anliegen reagiert), Öffnung der Weiterbildung für alle Lehrpersonen, Überarbeitung der Empfehlung an Gemeinden zur ICT-Ausrüstung für den Unterricht mit Mille feuilles.*

### **Frage 3 des Berichts:**

#### **Weitere kantonale Fragestellungen: Stand der Unterrichtsentwicklung**

**Feedback und berufliches Lernen der Lehrpersonen:** Die Hälfte der befragten Schulen erklären, sie hätten eine gute bis sehr gute Feedbackpraxis. Diese wird mit verschiedenen Instrumenten unterstützt. An vielen Schulen finden gegenseitige Unterrichtsbesuche statt. Über 330 Schulen des ganzen Kantons verfügten Ende 2012 über einen IQES-online Account zur Befragung von Schülerinnen und Schülern und Eltern.

**Pädagogische Schulentwicklung:** Die grosse Mehrheit der Schulen gibt an, sie hätten einen tragfähigen Konsens definiert bezüglich zentraler pädagogischer Werte. Ebenfalls eine grosse Mehrheit der befragten Schulen meldet zurück, sie hätten gemeinsame Ziele, die sich auf das Lernen der Schülerinnen auswirken, sie förderten das eigenverantwortliche Lernen und hätten ein gemeinsames Verständnis von gutem Unterricht.

Die Weiterentwicklung des Unterrichts wird, wann immer möglich, von den Schulen berücksichtigt. Sie steht jedoch nicht überall im Zentrum, weil zu einem grossen Teil vor allem wegen den kantonalen Neuerungen andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

Dieser Befund deckt sich mit den Erkenntnissen aus den Massnahmeplänen und der schulinternen Weiterbildung.

*Handlungsbedarf: Unterrichtsentwicklung als nächster kantonaler Schwerpunkt.*

### **Frage 4 des Berichts:**

#### **Rückmeldungen der Gemeinden**

Die Unterschiede der Bernischen Schulen sind erheblich (grosse Schulen/kleine Schulen). Daraus resultieren auch verschiedene Anliegen und Bedürfnisse.

Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden/Schulen und dem Kanton, vertreten durch die Schulinspektorate, verläuft gemäss den Antworten der Gemeinden lösungsorientiert, konstruktiv und transparent. Durch diese gute Kooperation mit den Schulinspektoren ist die Nahtstelle zwischen kommunaler und kantonaler Ebene optimal sichergestellt. Die Schulen sind auf Unterstützung und Wertschätzung angewiesen. Positiv erwähnt wird hier die Wertschätzung, welche die Lehrpersonen durch den Erziehungsdirektor erfahren.

*Handlungsbedarf: Die bestehende Zusammenarbeit weiter pflegen*

**Reformen:** Die Umsetzung der Tagesschulangebote, der Integrationsmassnahmen, die Strukturänderung in der Schulorganisation und der Wunsch nach stetiger Qualitätsentwicklung würden zu Stressfaktoren, die den Schulbetrieb immer häufiger belasten. Die Ankündigungen des Erziehungsdirektors bezüglich Entschleunigung müsse nun sichtbar werden: keine neuen oder zusätzlichen kantonalen Reformen! Schulen wünschen, dass bestehende Projekte zu Ende gedacht und abgeschlossen werden, bevor die nächste Baustelle eröffnet wird. Neue Projekte



sollten zuerst vom Kanton durchdacht sein, bevor sie verordnet würden. Für die Umsetzung des Integrationsartikels seien die Lehrpersonen zu wenig gut vorbereitet und weitergebildet worden.

Einige Gemeinden bemängeln, der Kanton delegiere zu viel Verantwortung an die Gemeinden und lasse diese mit den grossen Entscheidungsfreiräumen im "luftleeren Raum hängen" (Beispiel Basisstufe). Die Entscheidungsfindung, ob diese sinnvoll und gut sei, bedeute einen enormen Aufwand. Es wäre einfacher zu wissen: Wird es gemacht oder wird es nicht gemacht? Andere Gemeinden fordern, dass der Kanton die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten von Stadt und Land besser berücksichtige.

*Handlungsbedarf: 1. Keine zusätzlichen kantonalen Projekte, welche die Schulen belasten. 2. Kantonale Empfehlungen mit Standardlösungen. 3. Weiterhin standardspezifische Lösungen ermöglichen.*

**Ressourcen:** Verschiedentlich wird gefordert, der Spardruck im Bildungswesen solle gestoppt werden.

**Ressourcen der Schulleitungen:** Schulleitungen erhielten seit 2008 viele neue Aufgaben, aber keine zusätzliche Entlastung. Schulleitungen sollten über einen klar definierten Berufsauftrag und entsprechende Ressourcen verfügen. Aus Sicht vieler Gemeinden ist es nicht richtig, dass sie ein Sekretariat installieren und dieses selber finanzieren müssen.

*Handlungsbedarf: Durch weniger Reformen, stabile Strukturen und Vereinfachung von administrativen Abläufen kann ein Teil der Überlastung abgebaut werden.*

*Die Gemeinden unterstützen, durch eine gute Organisation, durch zweckmässige Einrichtung von Schulsekretariaten sowie durch den gezielten Einsatz der Schulpools zur Entlastung der Schulleitungen beizutragen.*

*Mittelfristig müssen die nötigen Ressourcen zur Finanzierung des integralen Berufsauftrags bereitgestellt werden.*

**Berichterstattung:** Das elektronische Berichtsformular müsse bezüglich Bedienung, Layout und Auswertung verbessert werden. Bemängelt wurde auch, dass die Schulen verschiedenen Stellen der Verwaltung immer wieder Grundwerte angeben müssten, die der Erziehungsdirektion ja eigentlich bekannt seien. Im Bericht der Gemeinden betrifft dies z.B. die Anzahl Schulleitungspersonen, SL-Prozente, Anzahl Klassen, Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler.

*Handlungsbedarf: siehe Kapitel 3, Ausblick auf den nächsten Controllingdurchgang 2013-16. Das Volksschulportal muss bald umgesetzt werden, damit in der ERZ vorhandene Standarddaten in verschiedene Anwendungen wie z.B. der Bericht der Gemeinden übernommen werden können.*

**Aus- und Weiterbildung:** Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt, insbesondere der drohende Lehrkräftemangel auf der Sekundarstufe I, aber auch bei der Besetzung von Stellvertretungen, bereitet den Schulen Sorgen. Zudem wird auf den Mangel an HeilpädagogInnen hingewiesen.

Der Kanton müsse dringend Massnahmen ergreifen und es müssten unbedingt Mittel gefunden werden, damit wieder vermehrt Männer die Ausbildung zum Lehrer wählen würden. Das Modul Klassenlehrkraft sollte für alle Studierenden obligatorisch sein, nicht nur in der Ausbildung der Sekundarstufe I.

Bemängelt wird zum Teil, dass die Lehrerbildung zu wenig auf Mehrjahrgangsklassen ausgerichtet sei.

*Handlungsbedarf: Sämtliche personalpolitische Massnahmen zielen darauf hin, den Lehrberuf attraktiv zu erhalten und wenn möglich die Attraktivität für Männer zu erhöhen.*

*Die Anliegen zur Aus- und Weiterbildung werden in der Leistungsvereinbarung mit der Pädagogischen Hochschule (PHBern) thematisiert.*

## 2. Exemplarischer Unterrichtsbesuch mit Schwerpunkt Integration

### a) Ausgangslage

Vor dem Controlling-Gespräch mit den Gemeinden findet ein exemplarischer Unterrichtsbesuch statt. In der Controlling-Periode 2012-13 lag der Schwerpunkt dieses Besuchs auf der Integration. Unter anderem ging es darum, die Zusammenarbeit zwischen Klassenlehrkraft und Heilpädagogin näher zu betrachten. Verantwortlich für die Organisation des Unterrichtsbesuchs war die Schulleitung vor Ort. Die Lehrpersonen erhielten im Nachgang im Sinne einer Aussensicht ein kurzes Feedback. Allfälliger Handlungsbedarf wurde der Schulleitung mitgeteilt. Die wichtigsten Ergebnisse werden zuerst exemplarisch anhand einiger Zitate dargestellt und anschließend als Fazit zusammengefasst.

### b) Zusammenfassung der Feedbacks zum exemplarischen Unterrichtsbesuch

Der organisatorische Rahmen (**Konzept**) für die Umsetzung der besonderen Massnahmen ist erstellt und bewährt sich in der Regel. Schulen müssen diesen Rahmen aber flexibel handhaben und anpassen können: Wo z.B. zu offensiv Klassen zur besonderen Förderung geschlossen wurden, muss u.U. auch wieder einmal ein solche Klasse eröffnet werden.

Überlastungssituationen entstehen, wenn sich mehrere Reformen gleichzeitig überlagern, z.B. wenn KbF-Schüler integriert wurden, auf Mehrjahrgangsklassen umgestellt wurde und gleichzeitig Frühfranzösisch einsetzte.

Die Unterrichtsbesuche zeigen, dass die **Umsetzung** der integrierten Förderung **im Unterricht** nur zum Teil gelingt und die Ressourcen zur Förderung der Kinder teils ineffizient, teils anders als vorgesehen eingesetzt werden:

- Überlastung von Lehrpersonen in schwierigen Situation und Mangel an frei verfügbaren Mitteln für Schulleitungen, um unbürokratisch für Entlastung der Situation zu sorgen
- Fehlende Kultur der gemeinsamen Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Unterricht der Teams und fehlendes Knowhow in der effektiven und effizienten Organisation der Team-Arbeit
- Zum Teil zu viele Lehrpersonen pro Klasse
- Fehlende schulintern definierte Zeitgefässe für Absprachen: Zeitliche Überlastung behindert den Aufbau einer wirkungsvollen Zusammenarbeit

*Handlungsbedarf:*

*a) Im Fokus der Integration steht die optimale Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf. Im Interesse dieser Kinder sollte die Schule kooperative Unterrichtsformen einsetzen,*

- *wenn die Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden ist,*
- *wenn die Lehrpersonen über das nötige Knowhow für kooperatives Unterrichten verfügen oder bereit sind, sich entsprechend zu schulen,*
- *wenn die Schulleitung die strukturellen Voraussetzungen und Zeitgefässe für eine effiziente Zusammenarbeit in Teams zur Verfügung stellt.*

*Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, sollte zur guten Förderung von Kindern mit besonderem Förderbedarf Alternativen geprüft werden (KbF, Lernfördergruppen) und kooperative Unterrichtsformen mit der nötigen Zurückhaltung eingesetzt werden.*

*b) Die Wirkung von kooperativen Unterrichtsformen für die Schülerinnen und Schüler und der effiziente Einsatz der Mittel könnte verbessert werden durch*

- *mehr Spielraum für Schulleitungen in der Unterrichtsorganisation*
- *weniger Lehrpersonen pro Klasse*
- *Hilfestellungen (Unterlagen, Schulungen) für Schulleitungen und Lehrpersonen für die Arbeit in Unterrichtsteams.*

### **c) Bemerkung**

Die Erkenntnisse der Schulinspektorate decken sich zum grossen Teil mit den Ergebnissen von Studien von andern Kantonen zur Integration. Auch eine erste Auswertung der vertieften Analyse zur Integration durch die Abteilung Bildungsplanung und Evaluation weist eine sehr hohe Übereinstimmung mit den Rückmeldungen der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren auf.

### **d) Fazit**

Exemplarische Unterrichtsbesuche sind unverzichtbar, um einen gewissen Eindruck über die Umsetzung von Zielen der Schule und Neuerungen des Kantons auf der Ebene Unterricht zu erhalten. Sie sollten auch im kommenden Zyklus beibehalten werden. Allenfalls könnten dabei ein exemplarischer Schwerpunkt des Kantons sowie ein Schwerpunkt der Schule im Unterricht beobachtet werden.

## **3. Ausblick auf den nächsten Controllingdurchgang 2013-16**

Im nächsten Controllingdurchgang werden Erkenntnisse aus der vergangenen Periode aufgenommen.

Die Abläufe werden beibehalten, der Aufbau des Fragebogens bleibt in seiner Grundstruktur bestehen. Damit soll Kontinuität sichergestellt, Vertrauen geschaffen und Sicherheit gegeben werden.

Die elektronische Form der Berichterstattung wird einfacher in der Handhabung und damit benutzerfreundlicher.

Im Sinne der Entschleunigung wird der Akzent vermehrt auf die Implementierung der bereits eingeführten Neuerungen gelegt.

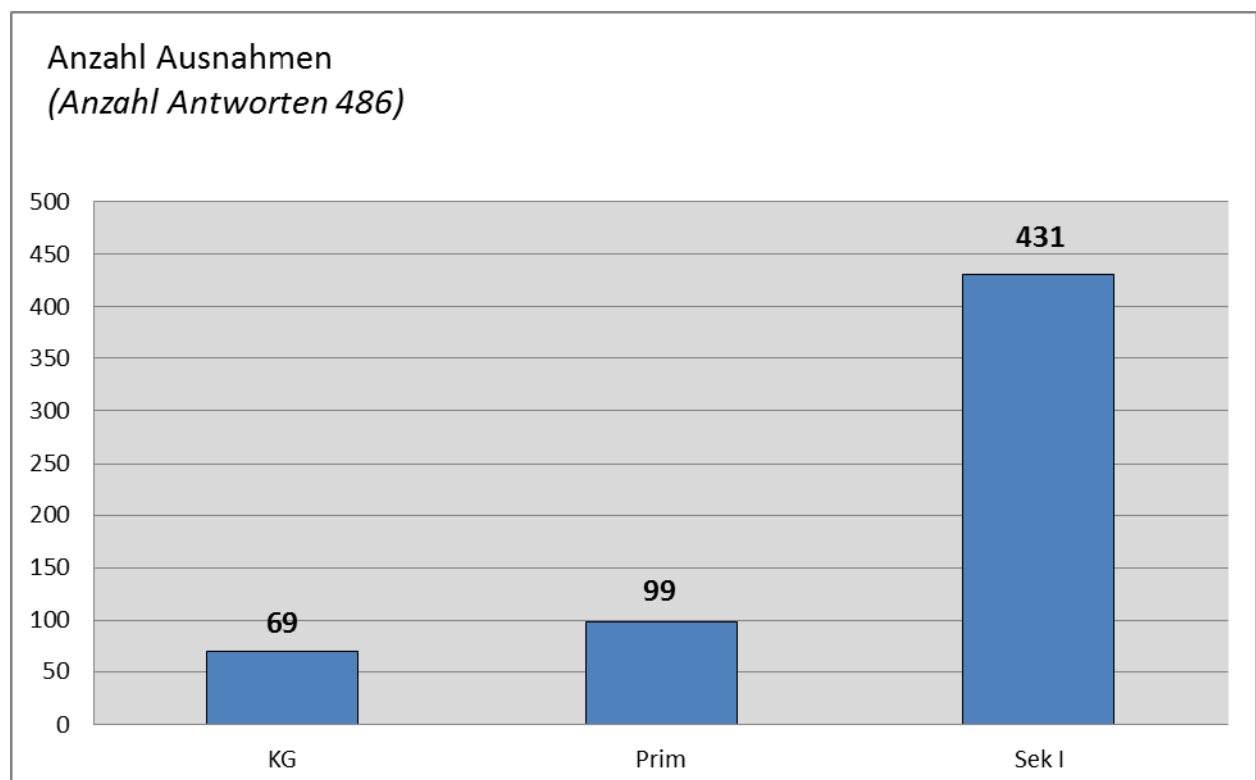
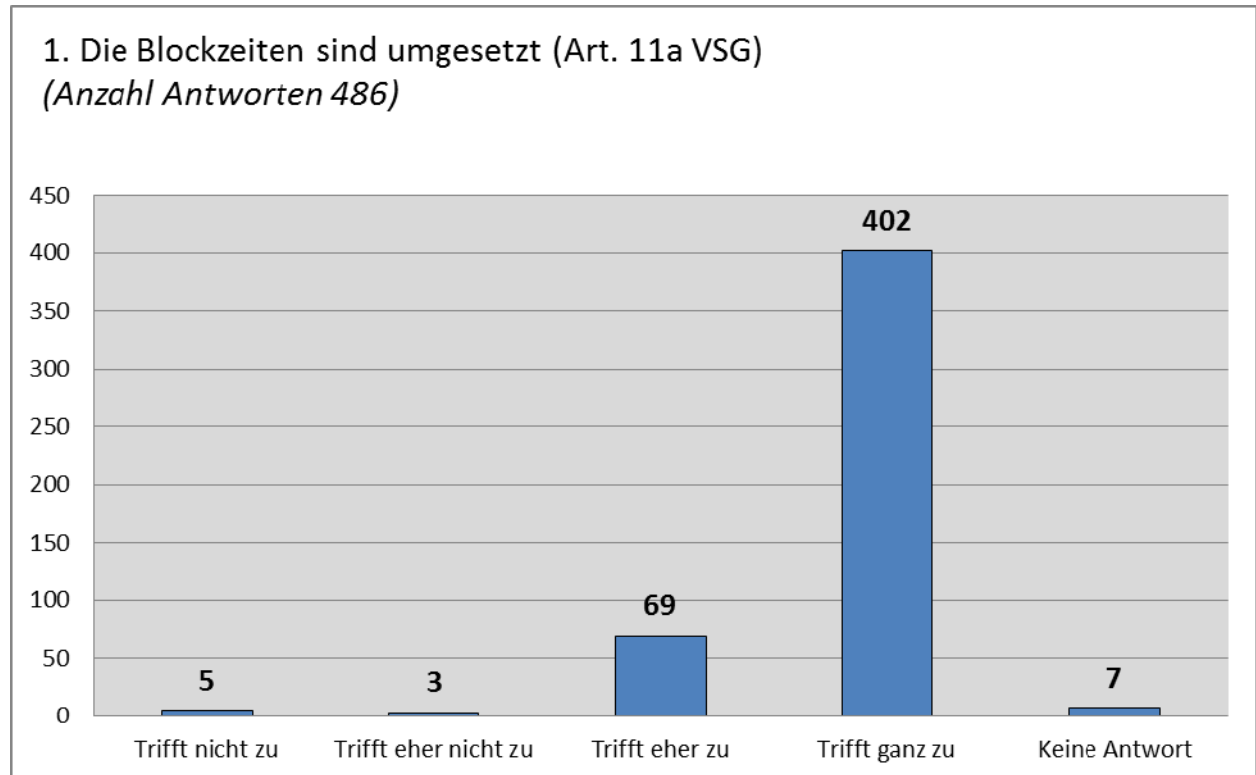
Der kantonale Schwerpunkt bezieht sich auf die Zusammenarbeit, den Unterricht und die Unterrichtsentwicklung. Damit werden drei Anliegen aufgenommen:

1. Im Zentrum steht das Kerngeschäft Unterricht.
2. Der Schwerpunkt nimmt Bezug auf die Erkenntnisse im abgeschlossenen Zyklus zu den hauptsächlichsten Herausforderungen: Umsetzung von Neuerungen im Unterricht und Teamteaching, vor allem im Zusammenhang mit der Integration.
3. Mit diesem Schwerpunkt wird der Boden vorbereitet für die Einführung des Lehrplans 21.

Für den nächsten Controlling-Durchgang ist abzuklären, in welchen Gemeinden allenfalls zusätzliche Controllinggespräche mit Leitungen Spezialunterricht, Tagesschule oder Schulsozialarbeit nötig sind oder an welchen Gesprächen diese Schulleitungen teilnehmen sollen.

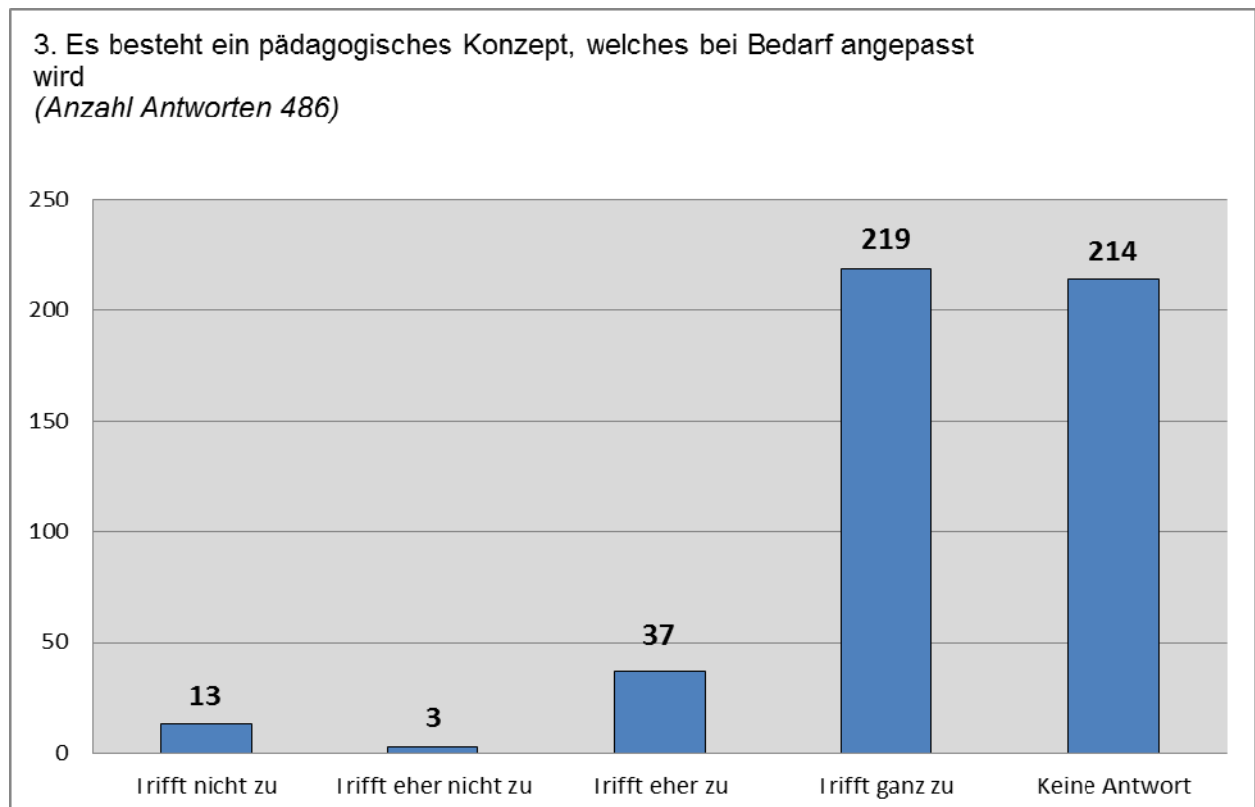
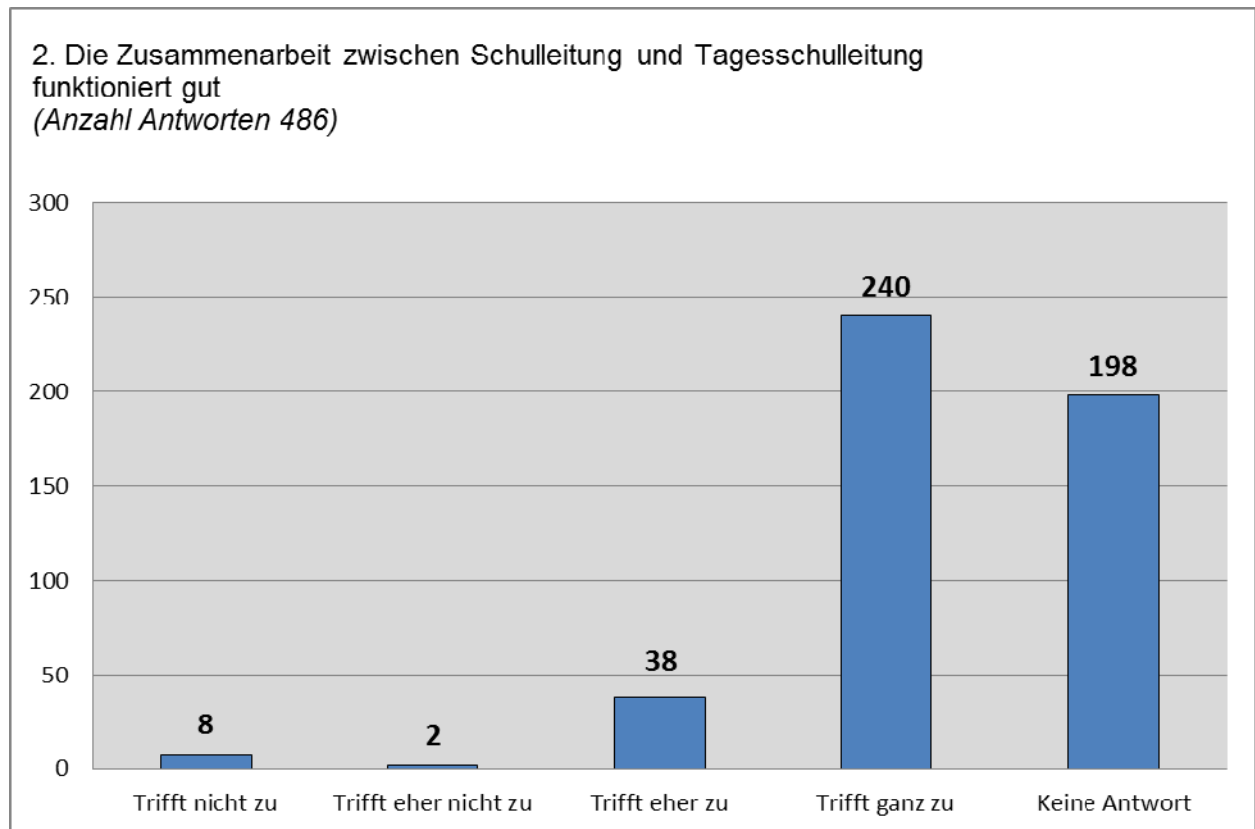
## 4. Anhang I: Umsetzung der vorgegebenen kantonalen Schwerpunkte (Vorschriftenkontrolle)

### a) Blockzeiten

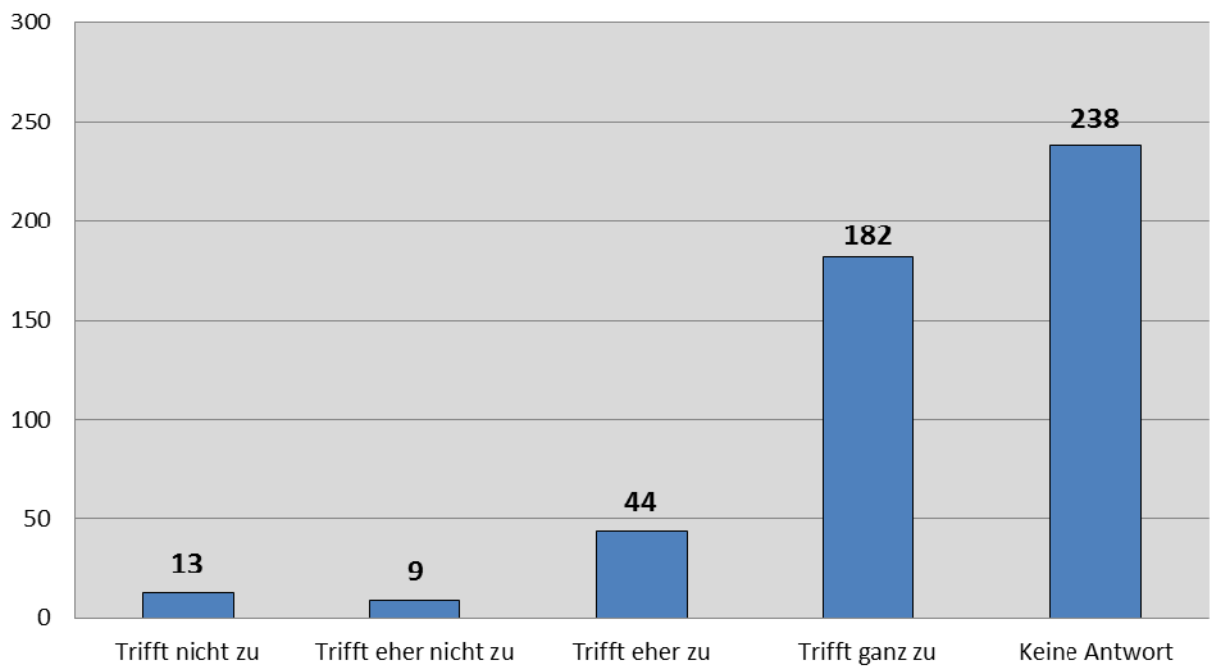


## b) Tagesschulangebote

### Variante A: Es besteht ein Tagesschulangebot:

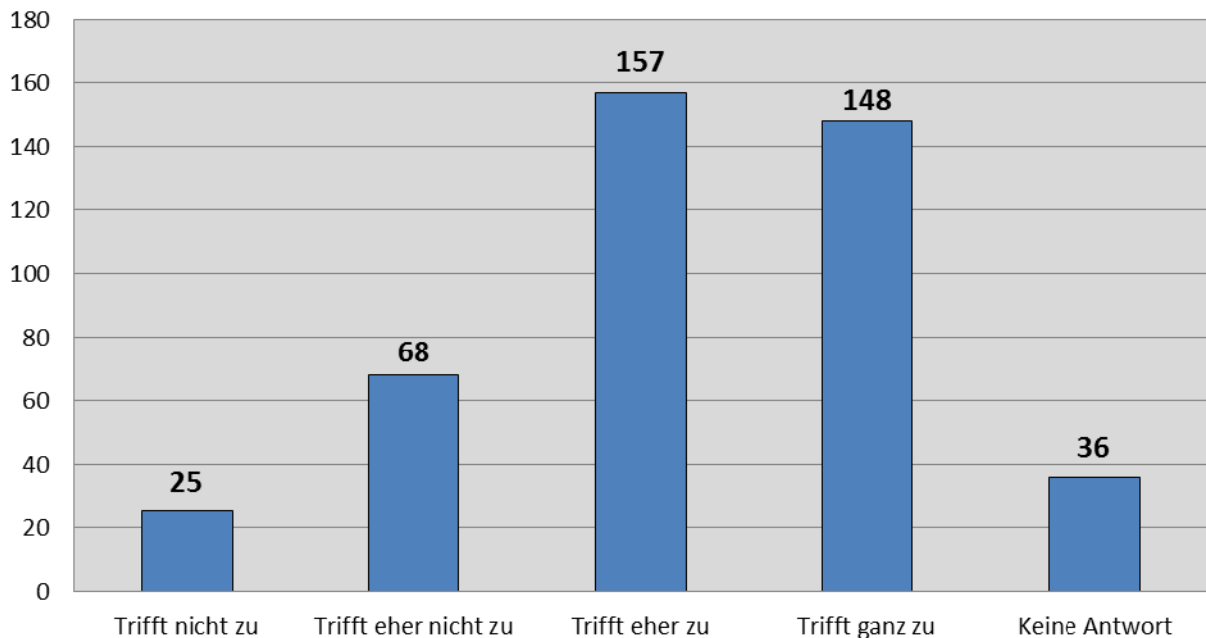


4. Das Personal der Tagesschulangebote hat Zugang zur Weiterbildung  
(Anzahl Antworten 486)

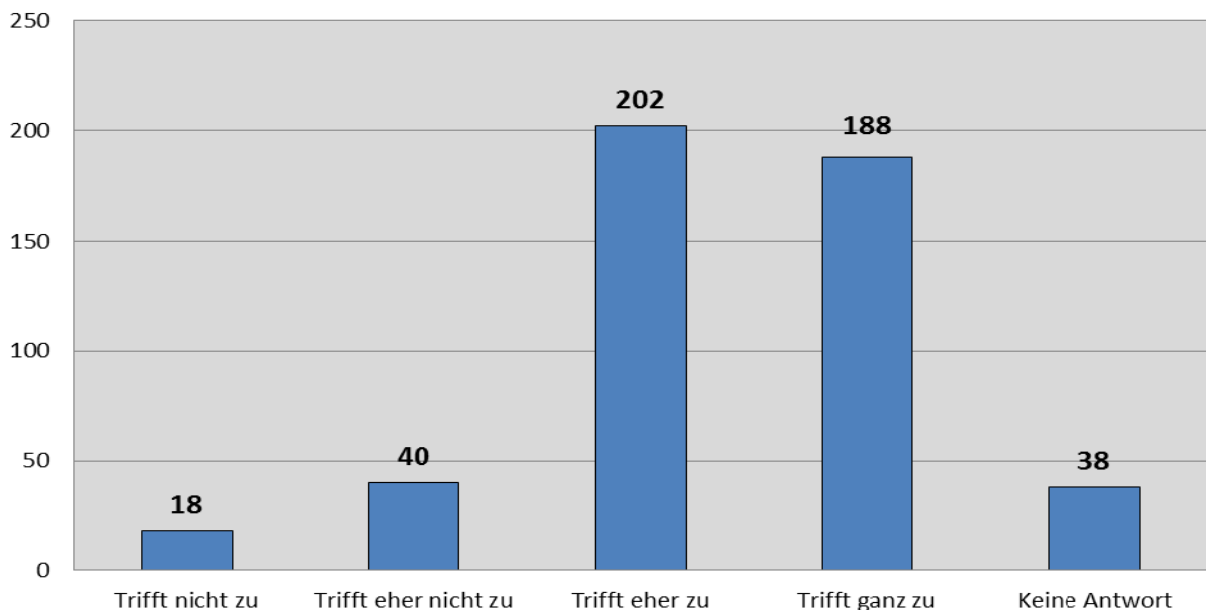


### c) Informatik-Lehrplan

7. Die Umsetzung des ICT-Konzepts durch die Lehrpersonen wird von der Schulleitung überprüft  
(Anzahl Antworten 434)

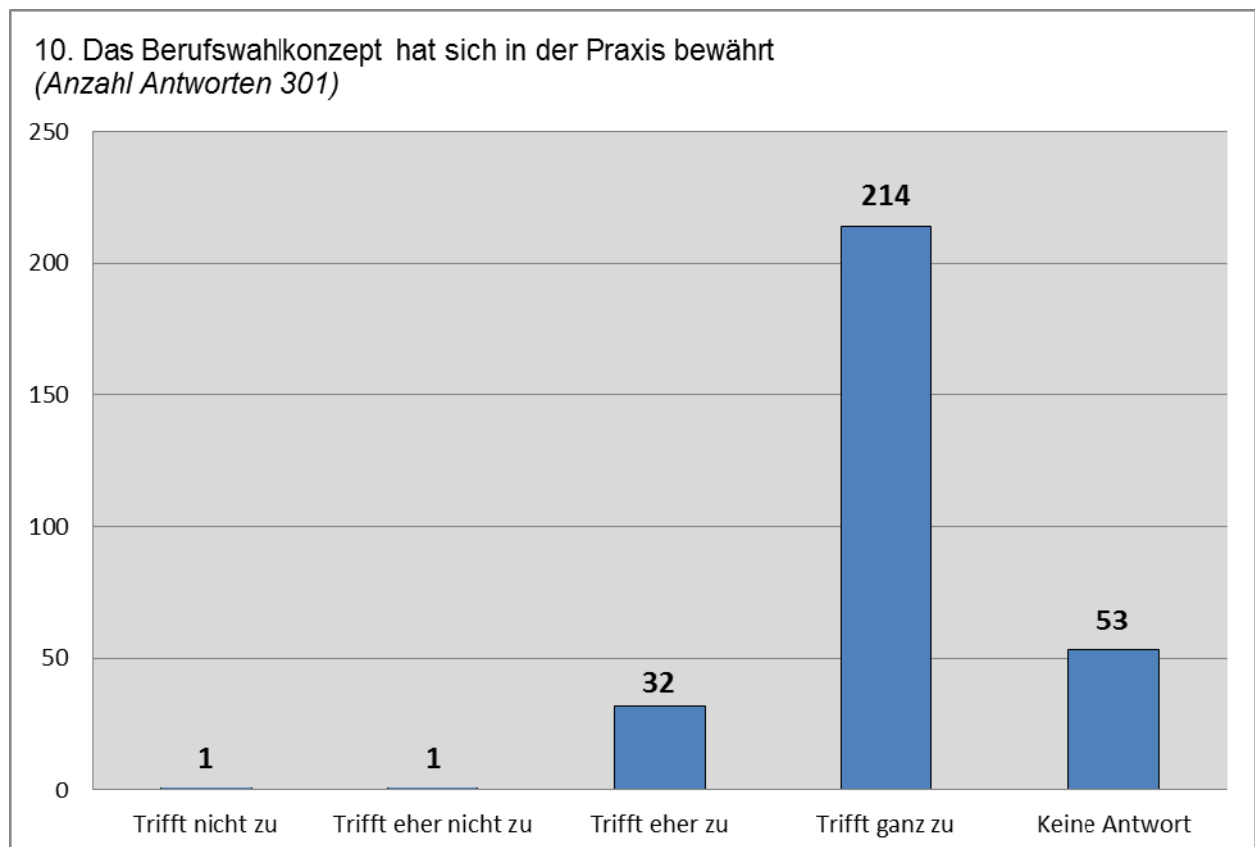
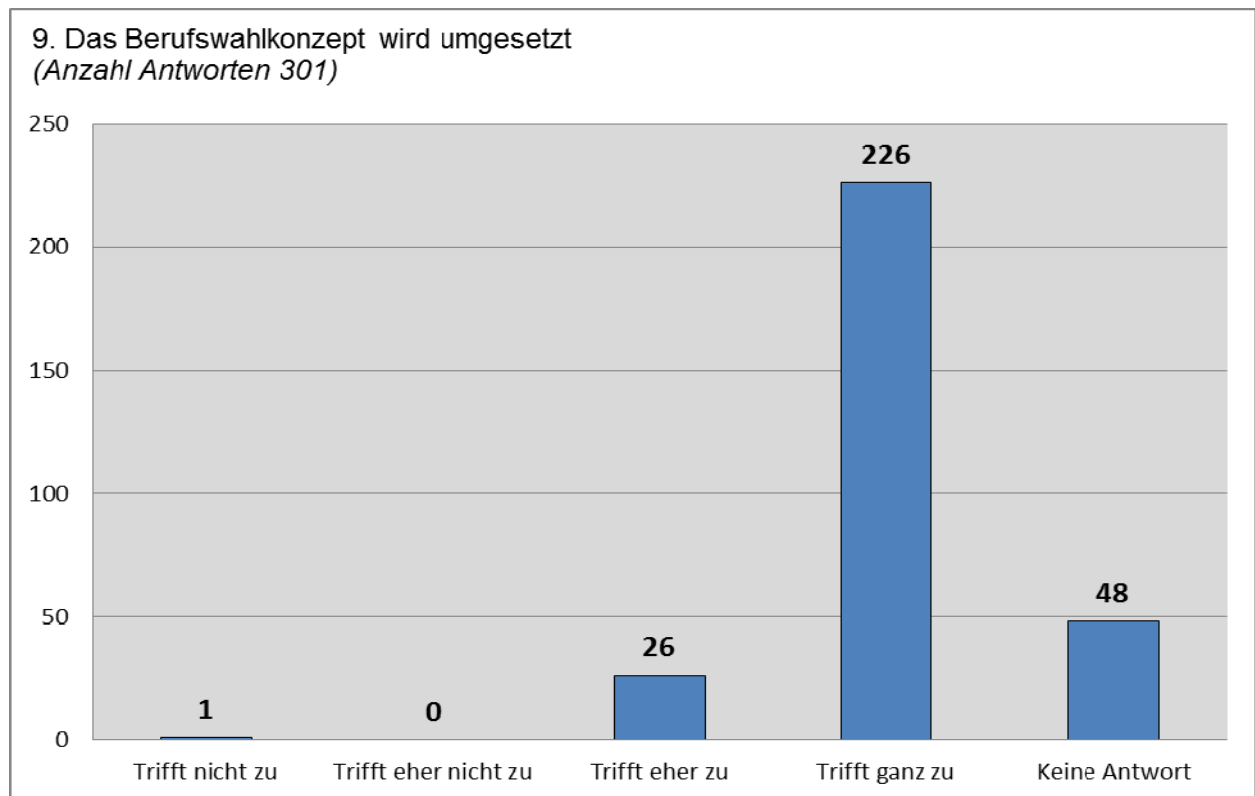


8. Die Empfehlungen der ERZ betreffend Kompetenzen der Lehrpersonen wurden befolgt und die nötigen Weiterbildungen besucht  
(Anzahl Antworten 486)

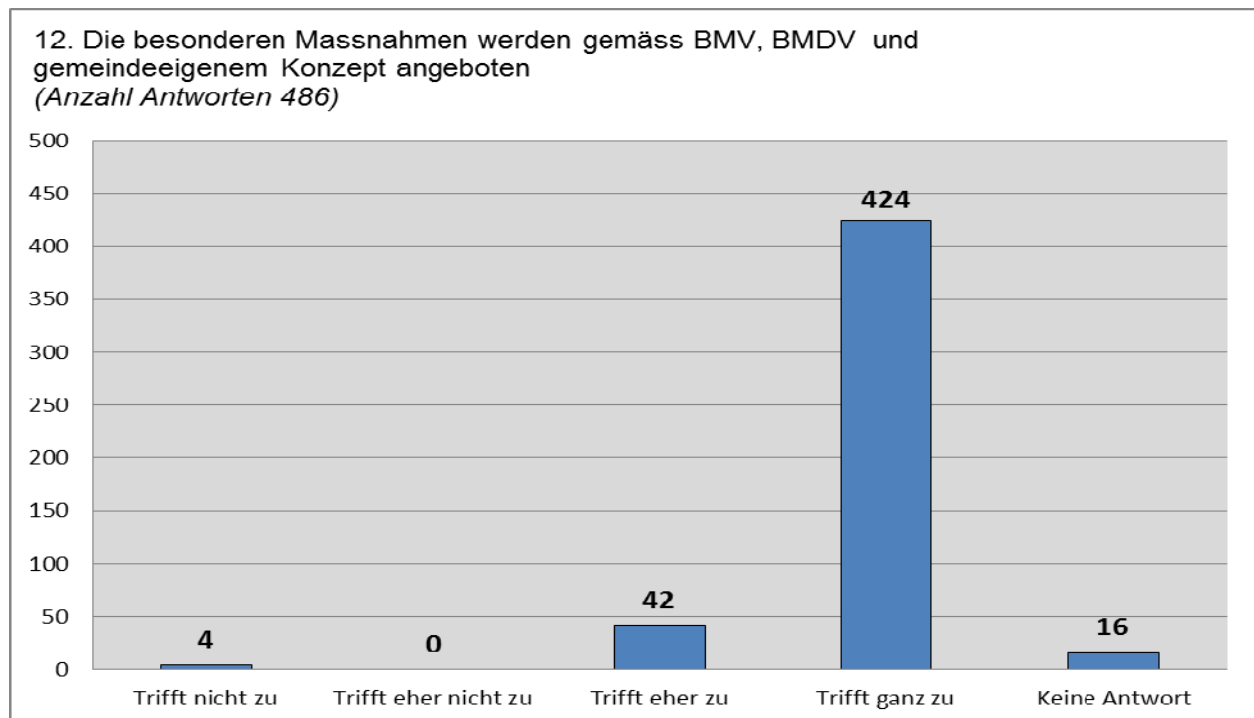




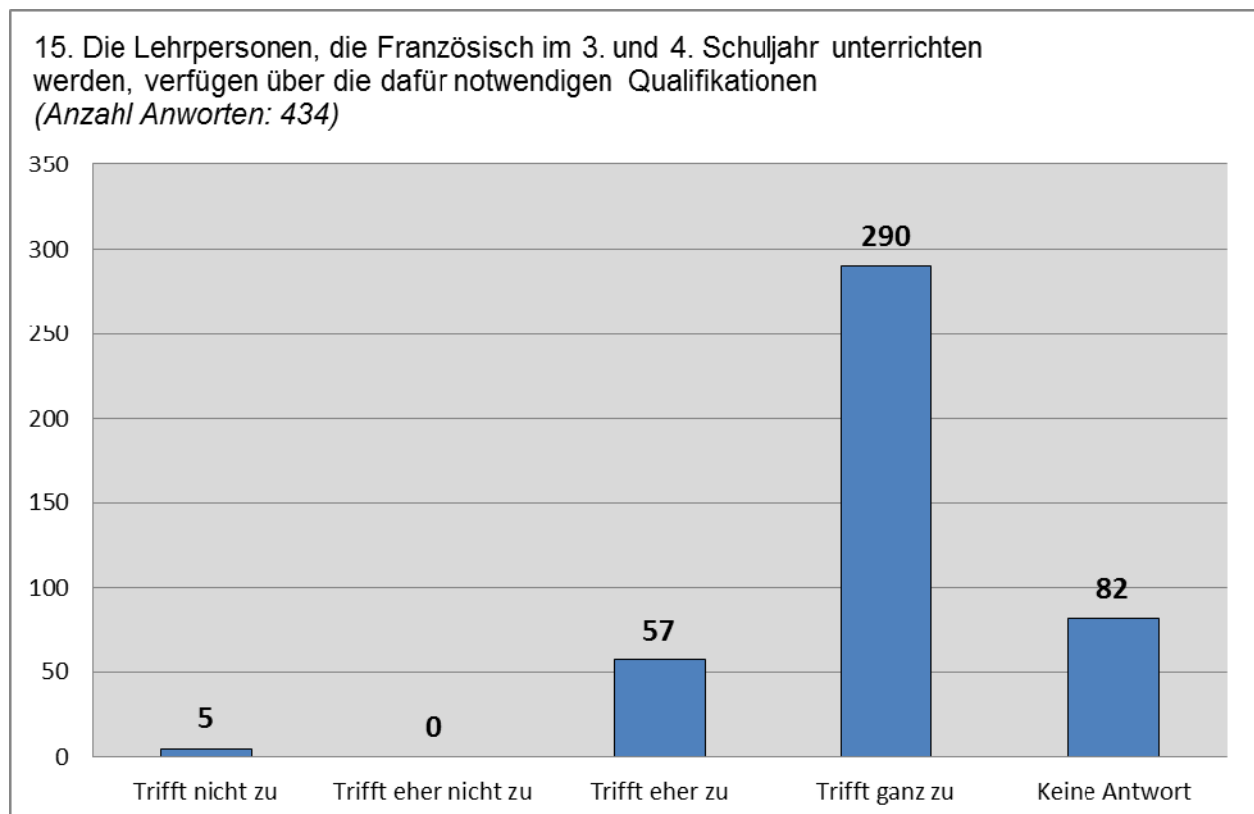
#### d) Berufswahlvorbereitung



### e) Integration und besondere Massnahmen (IBEM)



### f) Passepartout

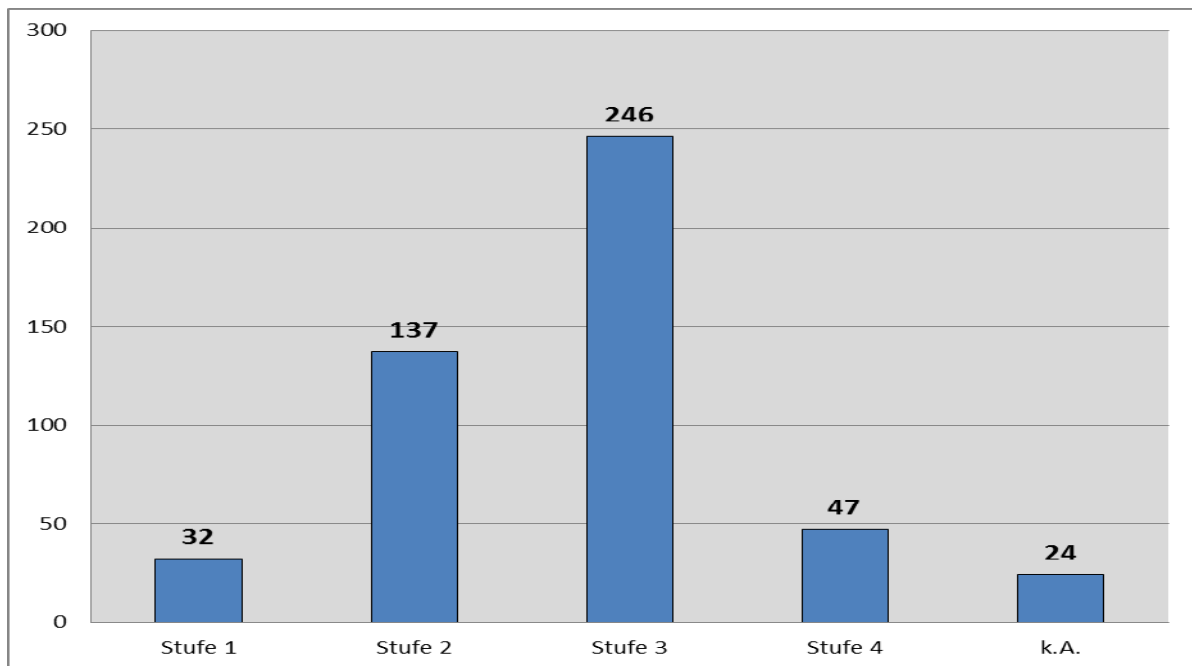


## 5. Anhang II: Weitere kantonale Fragestellungen Stand der Unterrichtsentwicklung

### a) Feedback und berufliches Lernen der Lehrpersonen

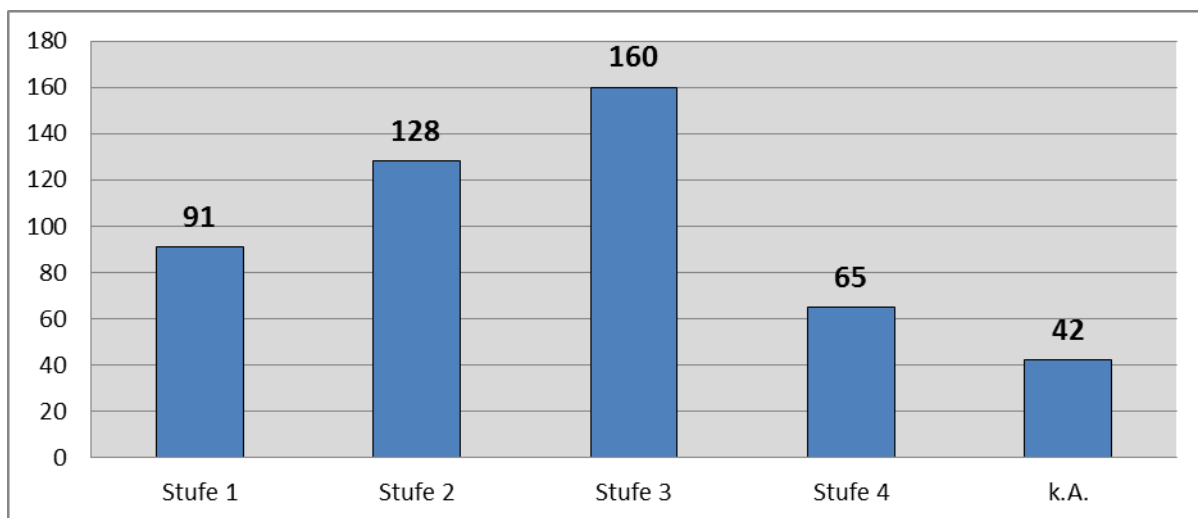
1. Die überwiegende Mehrheit der Lehrpersonen holt regelmässig Feedback bei den Lernenden ein.

Anzahl Antworten: 486



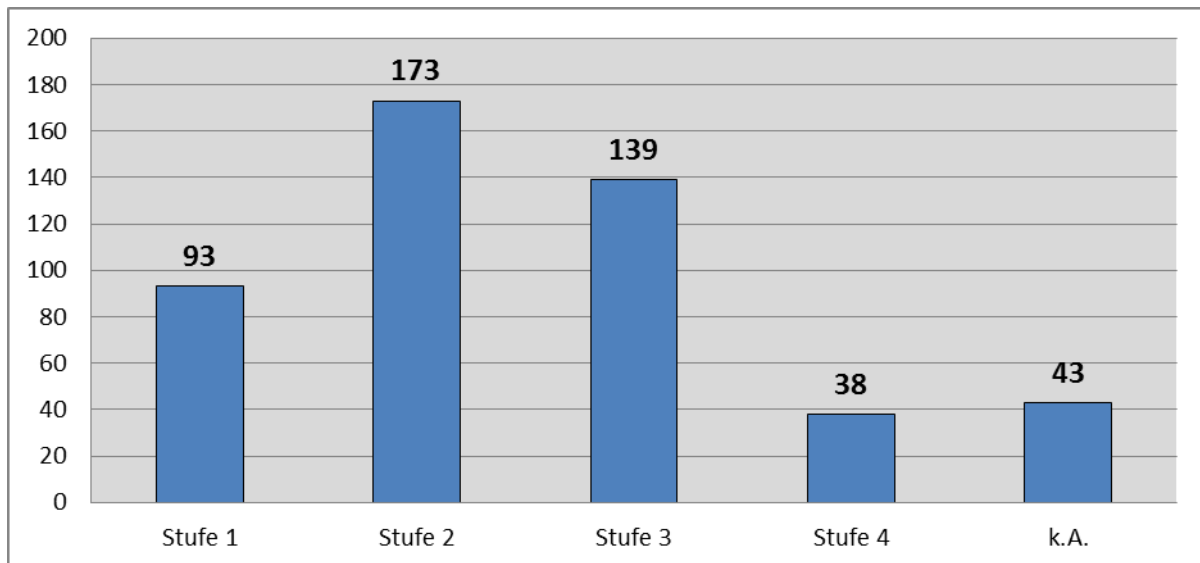
4. Unsere Schule stellt den Lehrpersonen erprobte Feedbackinstrumente zur Verfügung und unterstützt deren Einführung.

Anzahl Antworten: 486



5. Die Lehrpersonen werden gezielt mit Weiterbildungen unterstützt, um ihre Feedbackpraxis zu verbessern und erprobte Instrumente kennen zu lernen.

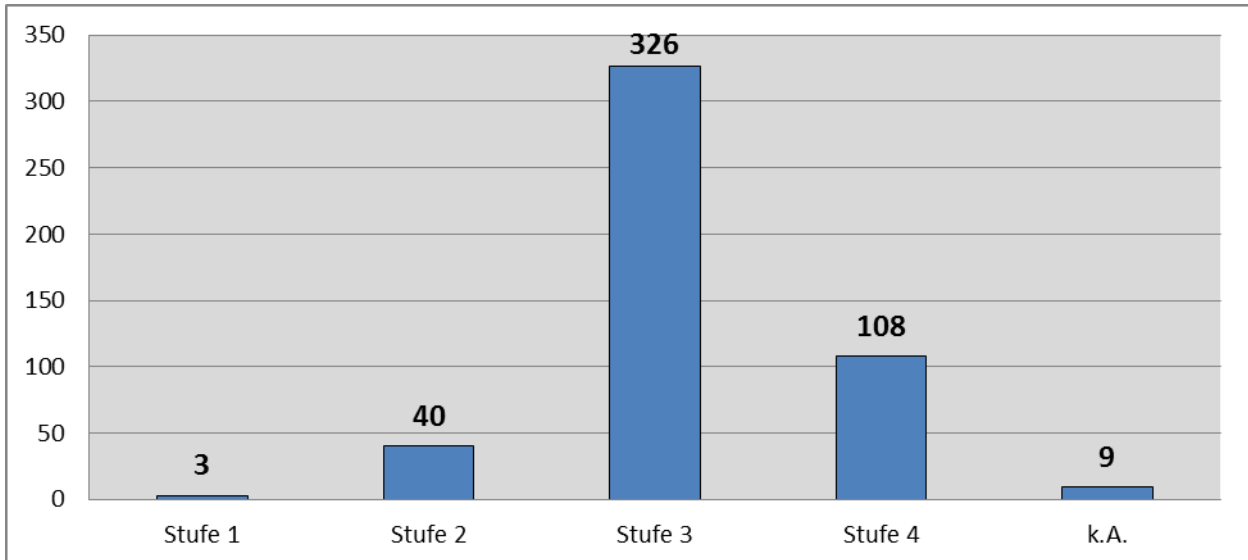
Anzahl Antworten: 486



## b) Pädagogische Schulentwicklung

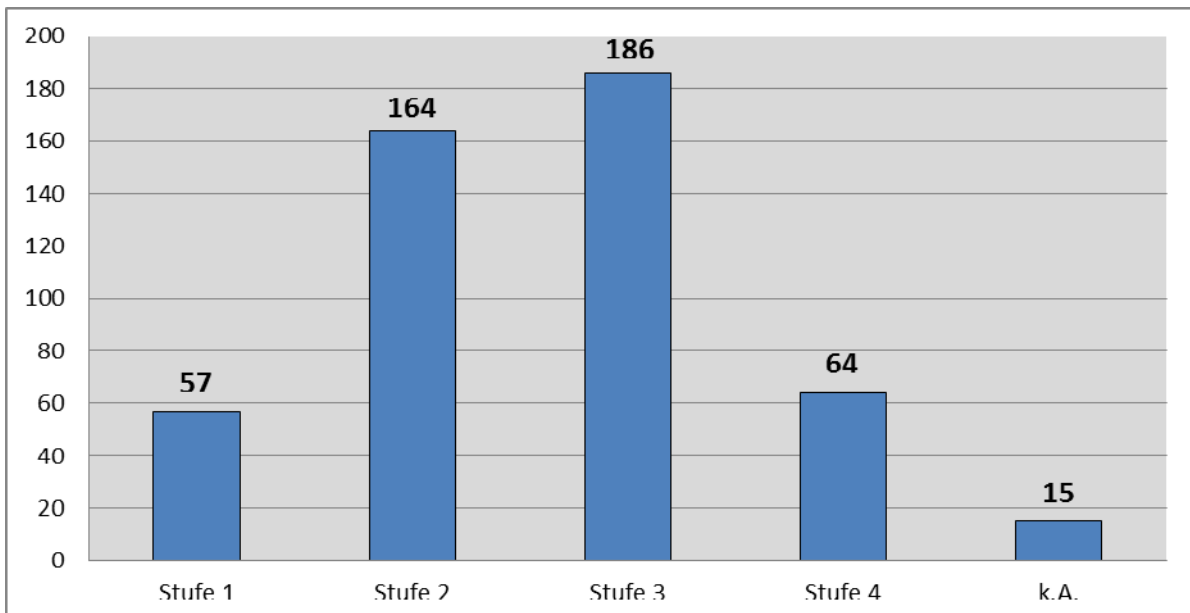
6. An unserer Schule gibt es bezüglich zentraler pädagogischer Werte und Ziele einen tragfähigen Konsens.

Anzahl Antworten: 486



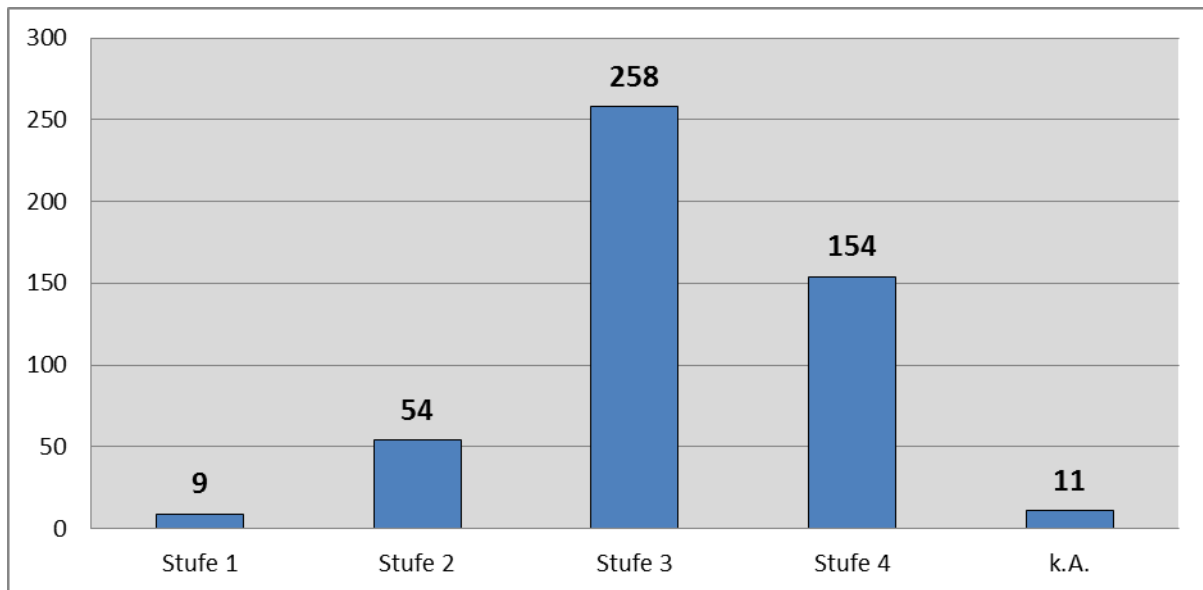
7. An unserer Schule führen wir regelmässig Standortbestimmungen durch, z.B. Stärken/Schwächen-Analysen, Erhebung der Zufriedenheit der Anspruchsberechtigten (Schüler/innen, Lehrpersonen, Eltern etc.).

Anzahl Antworten: 486



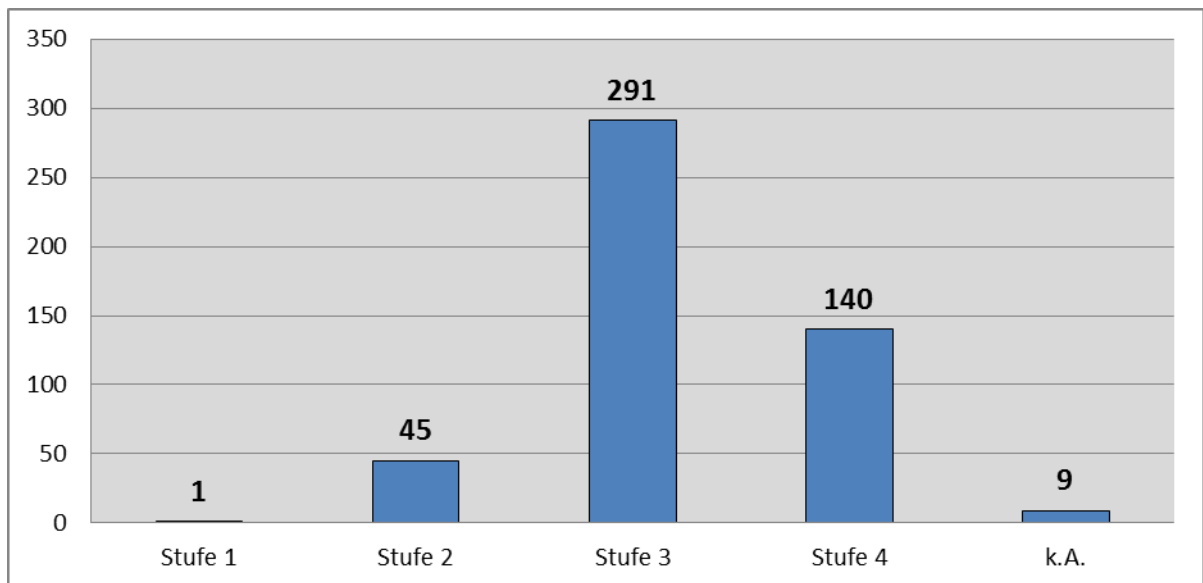
8. Unsere Schule hat gemeinsame Ziele, die sich auf das Lernen der Schülerinnen / Schüler auswirken.

Anzahl Antworten: 486



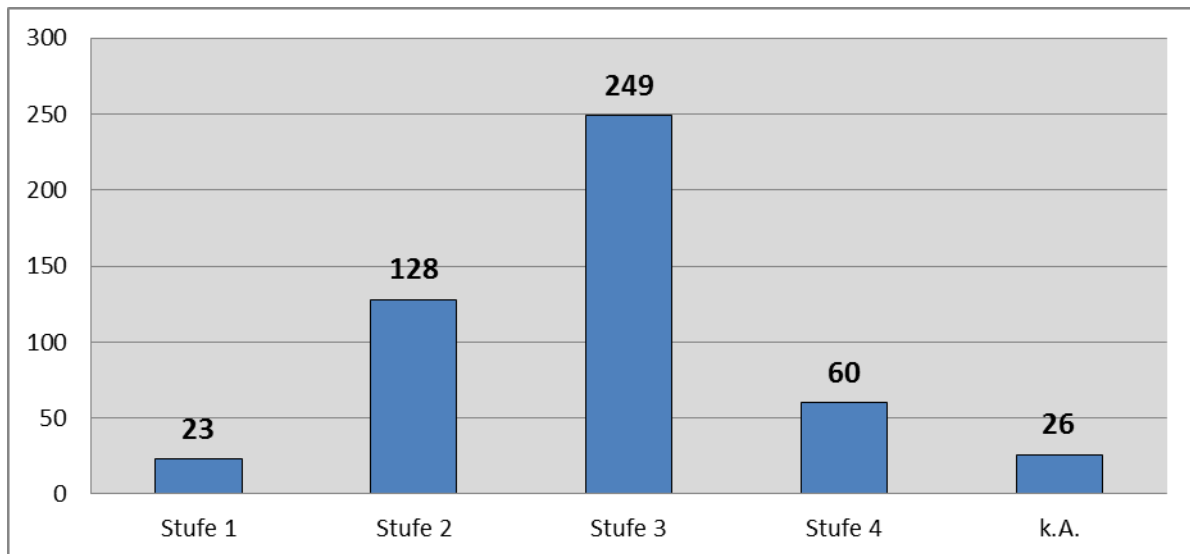
9. Unsere Schule fördert das eigenverantwortliche, aktive Lernen der Schülerinnen / Schüler.

Anzahl Antworten: 486



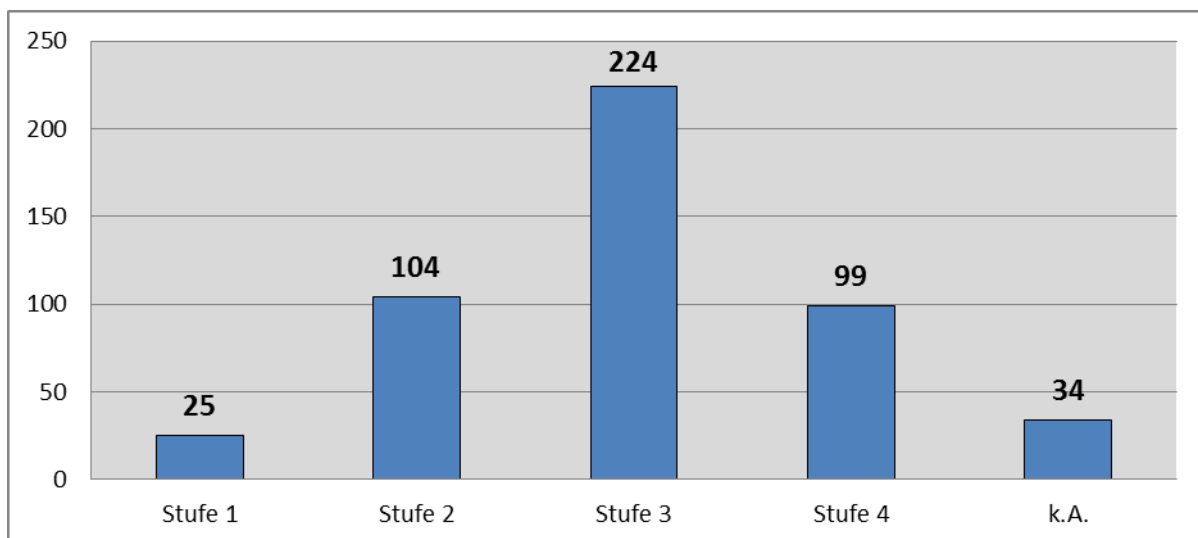
10. An unserer Schule haben wir ein gemeinsames Verständnis von gutem Unterricht erarbeitet.

Anzahl Antworten: 486



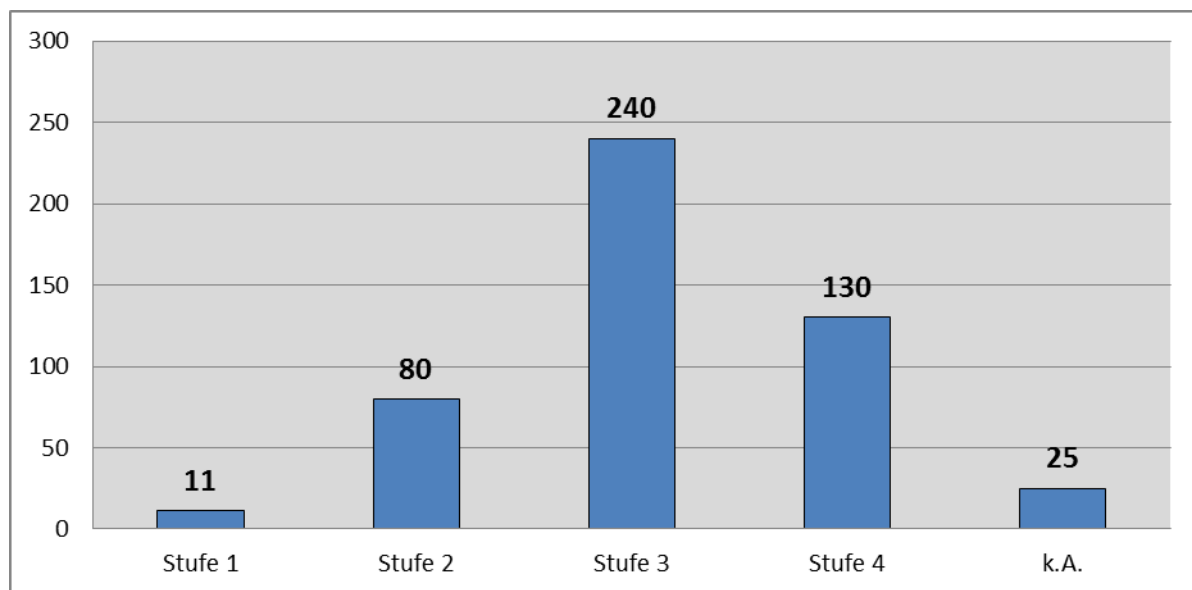
11. Unsere Schule orientiert sich bei ihrer Qualitätsentwicklung an anerkannten Merkmalen guten Unterrichts (z.B. Leitfaden MAG, IQES-Instrumente zur Unterrichtsqualität).

Anzahl Antworten: 486



12. An schulinternen Weiterbildungen steht die Weiterentwicklung des Unterrichts im Zentrum.

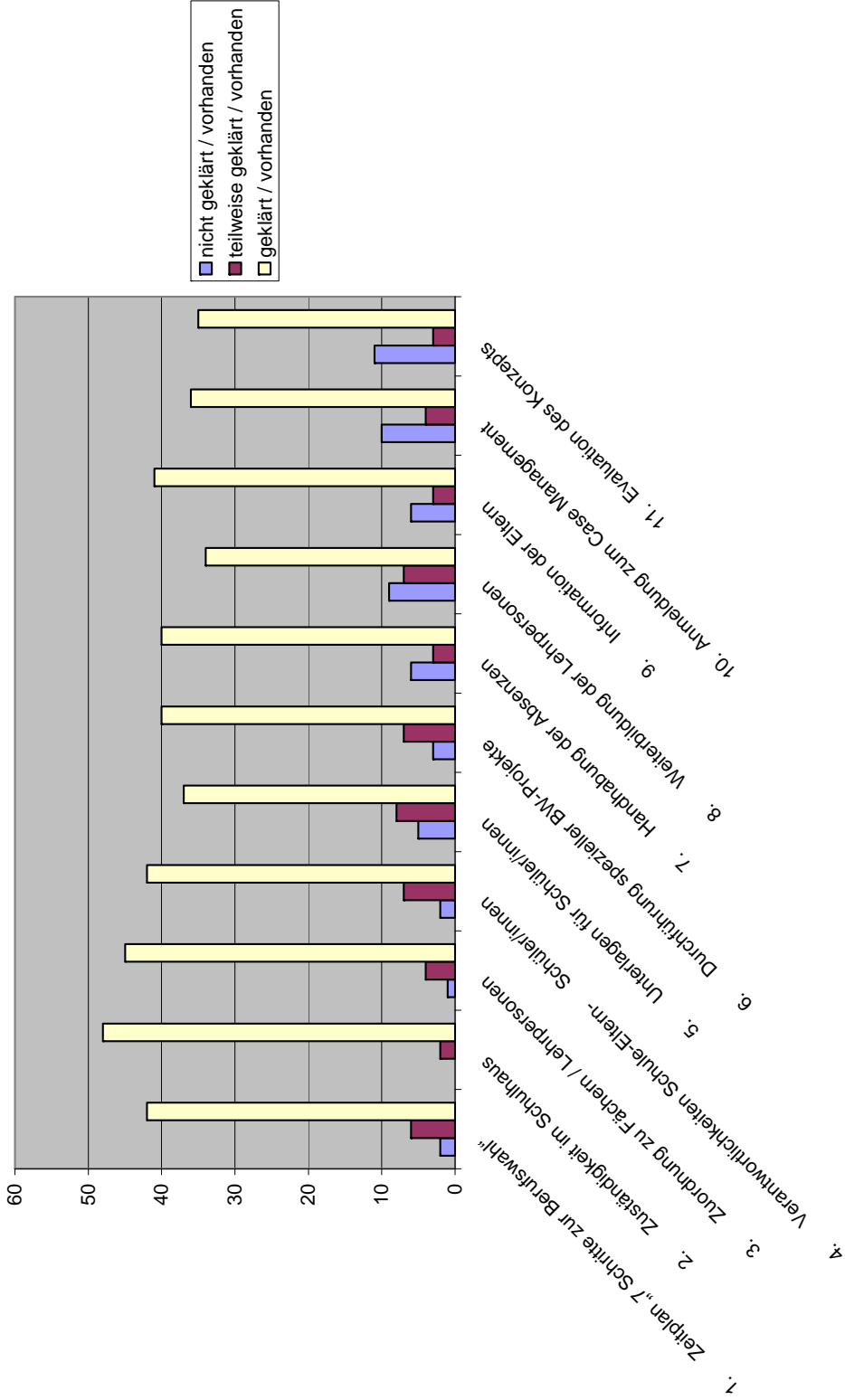
Anzahl Antworten: 486



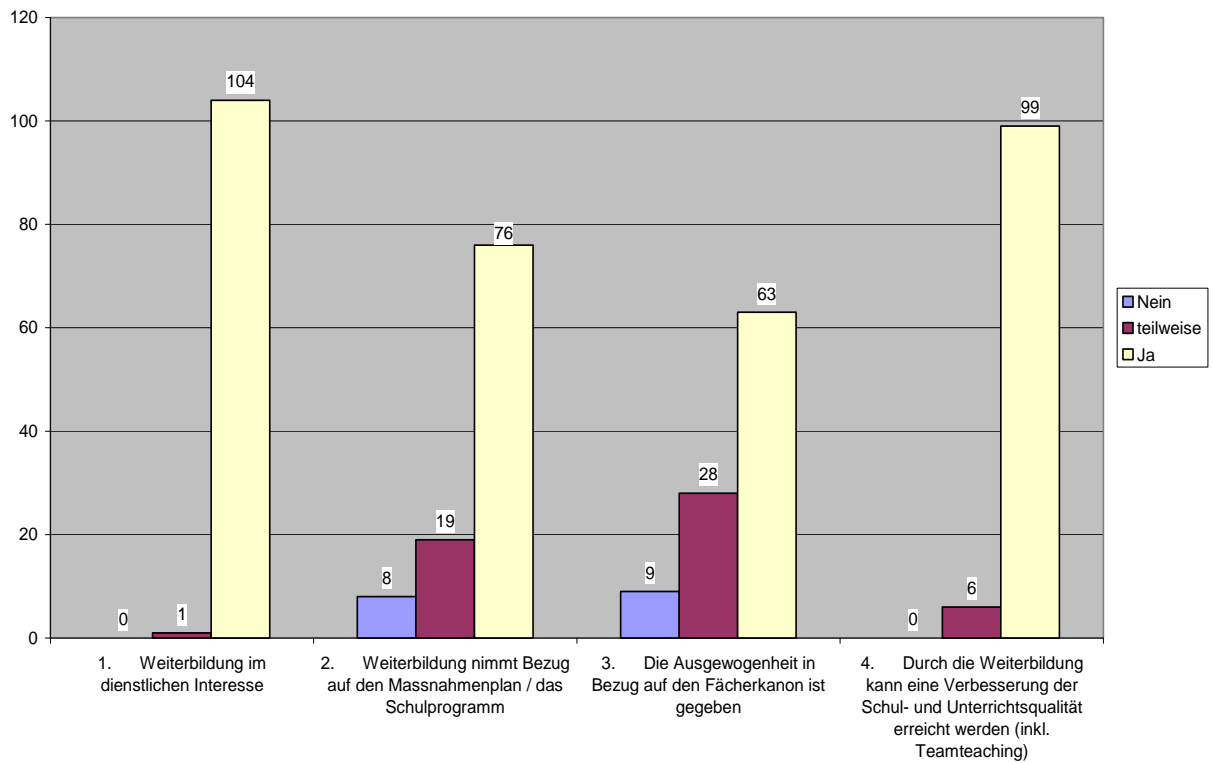


# 6. Anhang III: Rückmeldungen der Schulinspektorate an die Gemeinden zu den Konzepten

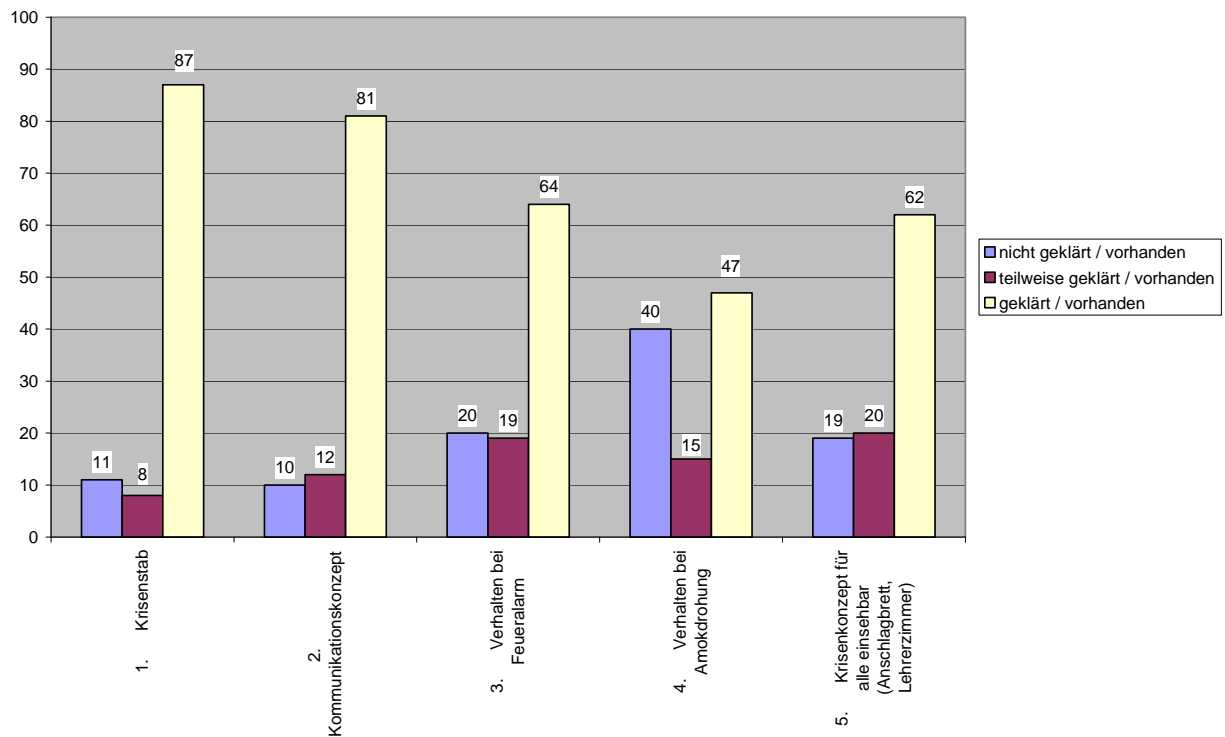
## a) Berufswahlkonzept



## b) Schulinterne Weiterbildung



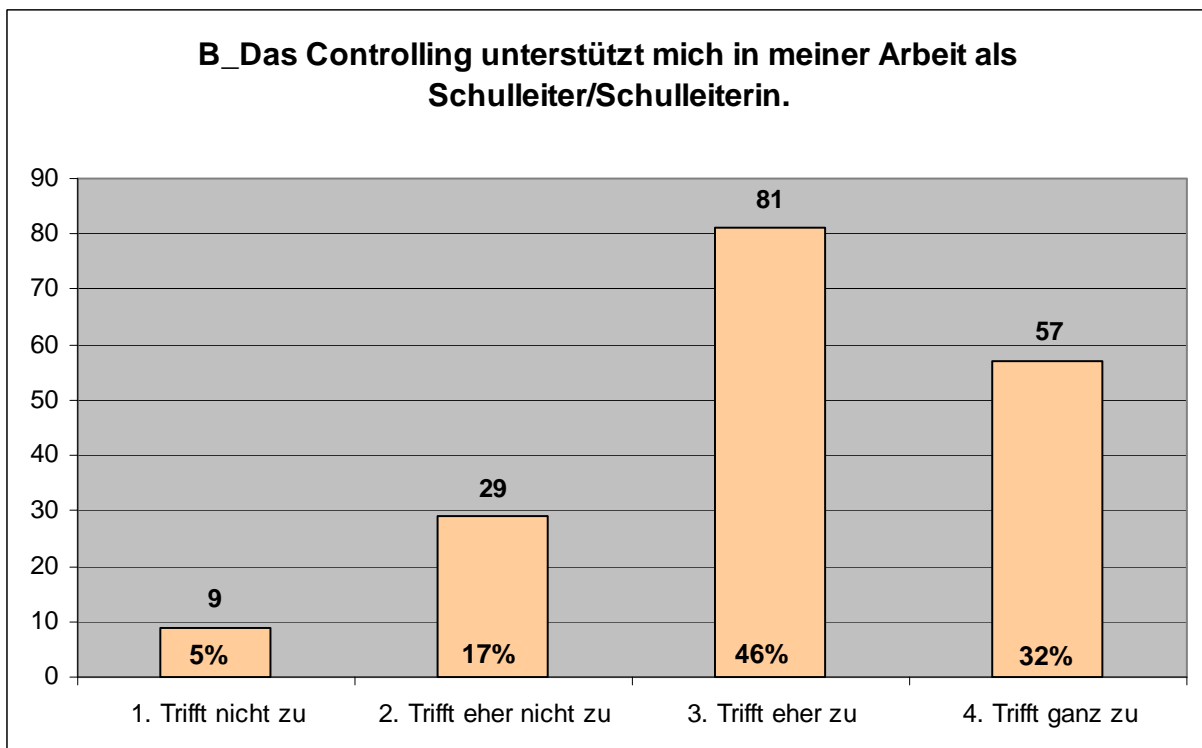
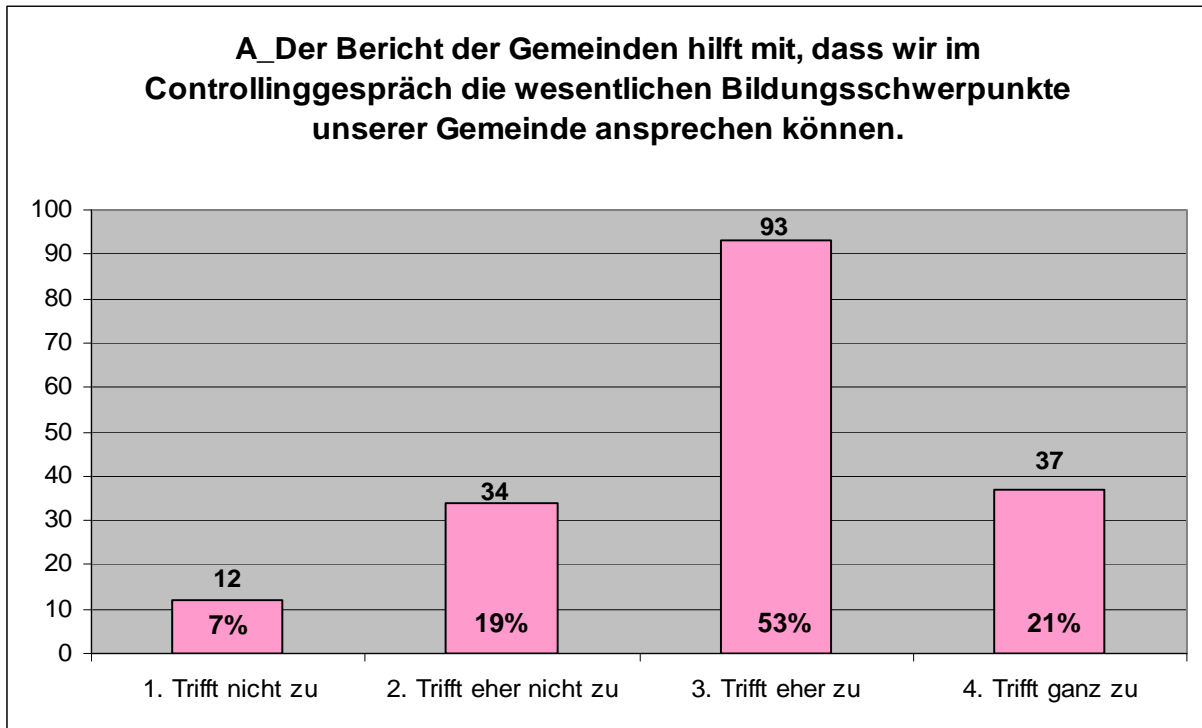
## c) Krisenkonzept



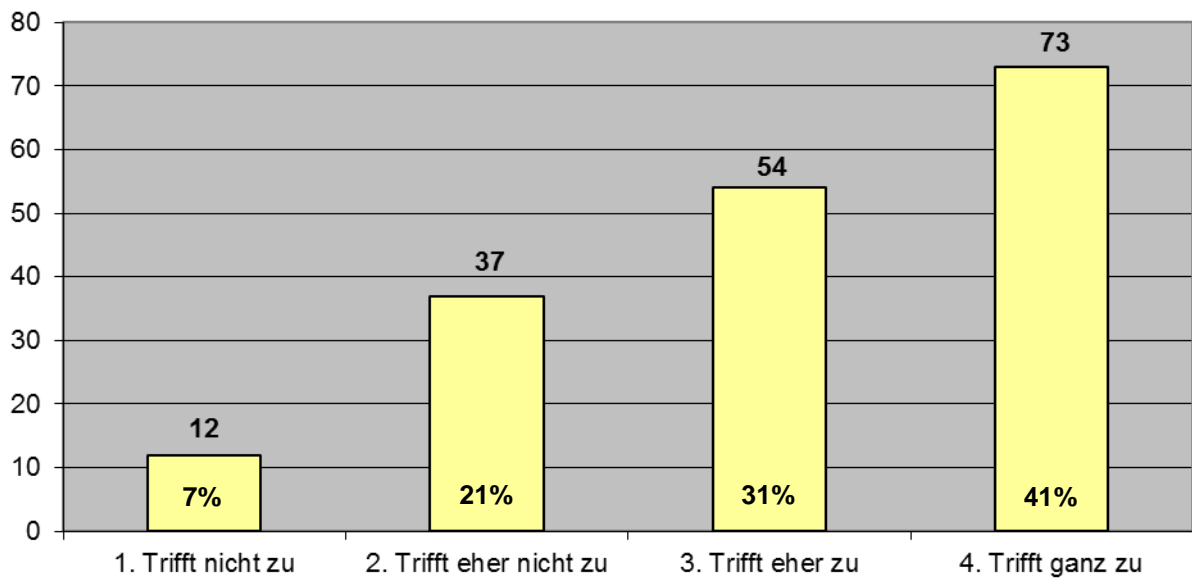
## 7. Anhang IV: Meta-Evaluation des Controllingverfahrens

### Blitzumfrage Controlling-Durchführung 3.2. – 21.2.2012

Im Februar 2012 hatten 272 Schulen den zweiten Controlling-Durchgang durchlaufen. Um den nächsten Controlling-Zyklus zu planen, wurden diese Schulen eingeladen, vier Fragen zum Controlling zu beantworten. In den nachfolgenden Grafiken werden die 176 Rückmeldungen pro Frage aufgezeigt:



**C\_ Der exemplarische Unterrichtsbesuch ermöglicht mir, dem Kanton einen Einblick in unseren Schulalltag zu geben.**



**D\_ Der Aufwand für das Controlling ist angemessen.**

